



06. Stadtratsprotokoll / 6^{ème} *procès-verbal du Conseil de ville*

Sitzung vom Donnerstag, 20. Mai 2010, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 20 mai 2010 à 18 heures

Ort: Aula Primarschule Neumarkt, Logengasse 2
Lieu: Aula de l'école primaire du Marché-Neuf, rue de la Loge 2

Anwesend / *Présents:*

Marc Arnold, Dana Augsburg-Brom, Niklaus Baltzer, Muriel Beck Kadima, Paul Blösch, Andreas Bösch, Urs Brassel, Patrick Calegari, Barbara Chevallier, Pablo Donzé, Samantha Dunning, Monique Esseiva, Pascal Fischer, Charlotte Garbani, Pierre-Yves Grivel, Urs Grob, Samuel Grünenwald, Christoph Grupp, Roland Gurtner, Hanspeter Habegger, Markus Habegger, Werner Hadorn, Peter Isler, Stefan Kaufmann, Hans-Ulrich Köhli, Sabine Kronenberg, Thomas Lachat, Kerstin Lehniger, Teres Liechti Gertsch, Christian Löffel, Claire Magnin, Peter Mischler, Émilie Moeschler, Franziska Molina, Michèle Morier-Genoud, Peter Moser, Alain Nicati, Pierre Ogi, Maurice Paronitti, Alain Pichard, Hugo Rindlisbacher, Daphné Rüfenacht, Martin Scherrer, Béatrice Sermet-Nicolet, Fatima Simon, Heidi Stöckli Schwarzen, Salome Strobel, Daniel Suter, Ariane Tonon, Martin Wiederkehr

Entschuldigt / *Absence(s) excusée(s):*

Olivier Ammann, René Eschmann, Fiorella Linder, Cédric Némitz, Martin Rüfenacht, Andreas Sutter, Anna Tanner, Max Wiher, Sybille Zingg, Carine Zuber

Vertretung des Gemeinderates / *Représentation du Conseil municipal:*

Stadtpräsident Hans Stöckli

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte Erich Fehr, Hubert Klopfenstein, Pierre-Yves Moeschler, René Schlauri, Barbara Schwickert, Silvia Steidle

Entschuldigt Gemeinderat / *Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:*

Gemeinderat François Contini

Vorsitz / *Présidence:*

Herr Stadtratspräsident Thomas Lachat

Sekretariat / *Secrétariat:*

Barbara Labbé, Stadtschreiberin

Behandelte Geschäfte / <i>Affaires traitées</i>	Seite/Page
90. Genehmigung der Traktandenliste	246
91. Mitteilungen Stadtratsbüro	246
92. Protokollgenehmigungen (19. November, 16. und 17. Dezember 2009, Nrn. 14, 15 und 16)	246
93. 20090117 Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Botschaft	247
• Antrag Rückkommen (gemäss SGR 151.21 Art. 53 Abs. 2)	247
• Volksinitiative "Für einen 100%igen Einsatz der Gemeinderäte im Dienste der Stadt"	259
• Ordnungsantrag.....	260
• Ordnungsantrag.....	260
94. Begründung der Dringlichkeit Postulat Patrick Calegari, SVP plus, "Die Einfahrt zum Mettlenweg bei der Unterführung Längfeldweg darf nicht verhindert werden"	262
93. 20090117 Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Botschaft (Fss.)	263
93. 20090117 Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Botschaft (Fss.)	264
95. 20090117 Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Teiländerung des Reglements über städtische Abstimmungen und Wahlen / Botschaft	265
96. Interpellation 20090145, Urs Grob, Fraktion SVP plus, "Mangelhafte Baurechtsverträge"	266
97. Interpellation 20090319, Hans-Ulrich Köhli, GLP, "Schwanenkolonie wie weiter?"	269
98. Postulat 20090315, Urs Grob, Fraktion SVP/FPS, "Rigore Massnahmen gegen illegale Kehrrichtdeponie auf den Strassen".....	270
99. Interpellation 20090387, Werner Hadorn, Fraktion SP, "Spezialfinanzierung Luftreinhaltung"	272
100. Überparteiliche Interpellation 20090434 Alain Pichard, GLP, Martin Rüfenacht, FDP, "Staatliche Fürsorgegelder für teure Privatschulen?"	275
101. Motion 20090383, Patrick Calegari, Fraktion SVP plus, "Umorganisation der Verkehrsführung im Plänkequartier / Zentralstrasse"	281
102. Verabschiedung von Urs Grob und Sabine Kronenberg	286
103. Neueingänge.....	288

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich begrüße Sie ganz herzlich zur heutigen Stadtratssitzung und komme zu den Mitteilungen. Sabine Kronenberg und Urs Grob gaben ihren Rücktritt aus dem Stadtrat bekannt. Somit ist dies heute ihre letzte Stadtratssitzung. Ich begrüße die Stadtschreiberin Barbara Labbé, hier zu meiner Rechten. Sie vertritt heute die Ratssekretärin, welche leider erneut einen Velounfall hatte und im Moment noch nicht voll arbeiten kann.

Auf Ihren Tischen finden Sie folgende Unterlagen:

- Änderungsantrag Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade zu Traktandum 4
- Gegenvorschlag zur Initiative "Passerelle" gegen Doppelmandate im Gemeinderat, Vorschlag Stadtpräsident, Traktandum 4
- Festflyer mit Einladung zum Robifest vom 29. Mai 2010 und Jahresprogramm des Vereins pro Robinsonspielplatz Mett
- Einladung zum Theaterstück "Verliebt in Biel" der Theatergruppe und der Klasse 8a des OSZ-Madretsch Biel vom 9. und 10. Juni 2010
- MIX, die Migrationszeitung der Kantone AG, BE, BL, BS, SO, ZH (18. Ausgabe April 2010)
- Jahresbericht 2009 SPITEX Biel-Bienne Regio

90. Genehmigung der Traktandenliste

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Die Fragestunde unter Punkt 6 entfällt, da innerhalb der vorgeschriebenen Frist keine Fragen eingereicht wurden.

Die Traktandenliste wird vom Stadtrat mit dieser Änderung stillschweigend genehmigt.

91. Mitteilungen Stadtratsbüro

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Das Stadtratsbüro hat keine Mitteilungen.

92. Protokollgenehmigungen (19. November, 16. und 17. Dezember 2009, Nrn. 14, 15 und 16)

Die Protokolle Nrn. 14, 15 und 16 werden vom Stadtrat stillschweigend genehmigt.

93. 20090117 Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Botschaft

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Nun kommen wir zu Traktandum 4, dem heutigen "Pièce de résistance". Ich möchte der Ratssekretärin, Regula Klemmer, für die gute Vorbereitung danken. Mit all den verschiedenen Varianten, die in Betracht gezogen werden müssen, ist dieses Geschäft für mich als Neuling recht happig. Heute Abend möchte ich wie folgt vorgehen: zuerst muss sich zeigen, ob ein Rückkommensantrag gestellt wird. Wenn nicht oder wenn er abgelehnt wird, möchte ich über die vorgeschlagenen Varianten 1 bis 3 des Gemeinderats entscheiden lassen. Dazu wird der Stadtrat in einem ersten Teil darüber befinden, ob er eine Einzelvertretung oder eine Doppelvertretung wünscht. In einem zweiten Teil soll über die Sperrfrist abgestimmt werden. Als drittes muss darüber befunden werden, wo die neue Regelung festgehalten werden soll.

Antrag Rückkommen (gemäss SGR 151.21 Art. 53 Abs. 2)

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Die Fraktion Forum testet nun den neuen Stadtratspräsidenten und stellt einen **Rückkommensantrag auf den Beschluss aus der Sitzung vom 22. Februar 2010, der Initiative Passerelle einen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen**. Die Fraktion Forum möchte der Initiative Passerelle nur den Status Quo gegenüber stellen. Auch nach langen Diskussionen konnte in der Stadtratssitzung vom 22. Februar 2010 keine vernünftige Lösung gefunden werden. Das Geschäft wurde in eine zweite Lesung gegeben. Nun liegen Vorschläge vor, in der Fraktion Forum konnte aber keiner überzeugen. Die Fraktion Forum sieht ein, dass auch der Status Quo Probleme birgt. Diese sind jedoch im Moment schon wieder etwas relativiert. Die Situation ist nicht mehr gleich wie damals, als die Initiative eingereicht wurde. Die Fraktion Forum findet es jedoch falsch, einen suboptimalen Zustand durch einen anderen suboptimalen Zustand zu ersetzen. Jeder dieser Gegenvorschläge ist suboptimal! Deshalb möchte ich den Stadtrat auffordern, auf seinen Entscheid zurückzukommen und der Initiative Passerelle keinen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Rückkommensanträge werden wie Ordnungsanträge behandelt. Es wird sofort und ohne Diskussion darüber abgestimmt. Vielleicht kann Frau Labbé noch den entsprechenden Artikel aus der Stadtordnung zitieren.

Labbé Barbara, Stadtschreiberin: Gerne. Gemäss der Stadtordnung des Stadtrates, SGR 151.21 Art. 53 Abs. 2 können bei Geschäften, welche etappenweise, abschnittsweise oder entscheidungsweise behandelt werden, Rückkommensanträge gestellt werden. Diese werden nicht diskutiert sondern direkt zur Abstimmung gebracht.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich möchte zusammenfassen, worum es geht: wenn dem Rückkommensantrag der Fraktion Forum zugestimmt wird, gibt es keinen Gegenvorschlag zur Initiative Passerelle. Das Stimmvolk wird also über die Initiative Passerelle oder den Status Quo abstimmen.

Stöckli Schwarzen Heidi, Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade: Ich habe eine Verständnisfrage: ist es wirklich so, dass bei einer Annahme des Rückkommensantrags nicht mehr über den Gegenvorschlag abgestimmt wird? Ist es nicht eher so, dass damit eine neue Variante eröffnet wird und über den Status Quo nochmals diskutiert werden muss?

Kaufmann Stefan, Fraktion Forum: Es kann absolut im Sinn der Kommissionspräsidentin verhandelt werden. Der Status Quo kann als weitere Variante aufgenommen und über die anderen Varianten diskutiert werden.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: In dem Fall lautet die Abstimmungsfrage: Wer möchte den Rückkommensantrag im Sinn von Herrn Kaufmann annehmen?

Abstimmung

Der Rückkommensantrag wird gutgeheissen.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Wir kommen also zurück auf die Diskussion vom 22. Februar 2010, ob der Initiative Passerelle ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden soll oder nicht.

Stöckli Schwarzen Heidi, Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade: Im Februar 2010 genehmigte der Stadtrat alle Vorschläge des Gemeinderats bezüglich der politischen Struktur 2013 ausser der Zuteilung der Direktionen und den Gegenvorschlag zur Initiative Passerelle, zu welchem er eine neue Variante forderte. Gleichzeitig lehnte der Stadtrat die Initiative ab, sprach sich aber auch nicht für den Status Quo aus. In der Zwischenzeit akzeptierte der Gemeinderat, dass der Stadtrat die Kompetenz der Direktionszuteilungen behalten will und erarbeitete neue Varianten für einen Gegenvorschlag. Mit dem Ja zum Rückkommensantrag wurde diese Ausgangslage nun verändert und es muss erneut diskutiert werden, ob ein Gegenvorschlag überhaupt gewünscht wird. Die Kommission schaute das Geschäft wie folgt an:

Als die Kommission das Geschäft im Februar für die erste Lesung diskutierte, war sie gespalten. Einige Mitglieder waren für die Initiative, andere für den Gegenvorschlag. Nur ein einziges Mitglied votierte für den Status Quo. Die Kommission ist der Meinung, dass dem Unmut der Bevölkerung Rechnung getragen werden muss, welcher sich mit dem Zustandekommen der Initiative zeigt. Sie ist auch der Meinung, dass der Entscheid des Stadtrats für einen Gegenvorschlag akzeptiert werden sollte. Daran hielt sich die Kommission und es war für sie klar, kein Rückkommen auf die Punkte zu beantragen, die in der ersten Lesung beschlossen wurden. Deshalb spricht sie sich nun nicht für den Status Quo aus und stellt auch das Vollamt oder die Präsidialdirektion nicht in Frage. Für die Kommission sind folgende Punkte klar:

- fünf Vollzeitdirektionen
- eine Präsidialdirektion
- Amtszeitbeschränkung von 16 Jahren
- Ablehnung von Quoten und Teilzeit

Deshalb prüfte die Kommission vor allem die Varianten des Gegenvorschlags und ich spreche nun zu den von der Kommission geprüften Varianten. Ich denke, die Fraktionen werden sich anschliessend zum Status Quo äussern.

Die Diskussion wurde in der Kommission im Hinblick darauf geführt, bei welcher Variante die Doppelmandate der Stadt am meisten Nutzen bringen würden. Die Kommission überlegte auch, wie die Gleichbehandlung der Gemeinderatsmitglieder am besten gewährt werden könnte und informierte sich darüber, wie andere Gemeinden und Städte mit dieser Frage umgehen. Dabei kam sie zu folgenden Schlüssen:

Variante 1: Die Majorzwahl des Stadtpräsidiums legitimiert die Vertretung des Stadtpräsidenten oder der Stadtpräsidentin in zusätzlichen Gremien. Mit dieser Variante gibt es kein Problem mit überzähligen Mitgliedern, weil ja nur der Stadtpräsident/die Stadtpräsidentin kandidieren kann. Diese Variante hat aber auch einen entscheidenden Nachteil. Zum einen wird das Amt des Stadtpräsidiums überhöht, zum anderen werden Sachzwänge geschaffen. Wer sich für das Stadtpräsidium bewirbt, weiss im Hinterkopf, dass er/sie auch für ein anderes Mandat kandidieren sollte. Es könnte ja auch sein, dass ein neuer Stadtpräsident/eine neue Stadtpräsidentin gar kein Interesse an einem Doppelmandat hat oder nicht gewählt wird. In diesem Fall wäre Biel weder kantonale noch national vertreten.

Varianten 2 und 3: Diese Varianten bieten gewisse Vorteile. Die Kommission geht davon aus, dass diese der Stadt mehr Wert bringen als die Variante 1. Eine Städtevertretung im Grossen Rat ist nötig und sie wäre mit den Varianten 2 oder 3 gesichert. Der Nachteil ist, dass möglicherweise mehr als ein Gemeinderatsmitglied in den Grossen Rat gewählt werden könnte. Beim Nationalrat stellt sich dieses Problem weniger, da man für diese Wahl auch über die Region hinaus sehr bekannt sein muss. Hier eine Lösung zu finden, ist nicht ganz einfach. Die Ausführungen mit dem Anciennitätsprinzip gehen jedenfalls teilweise ins Absurde und die jüngeren Mitglieder werden stark benachteiligt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass jede dieser drei Varianten Unzulänglichkeiten hat, ebenso wie die Initiative und auch der Status Quo. Leider ist es so, dass die neuen Vorschläge des Gemeinderats die Kommission auch nicht überzeugten. Gleichzeitig hat sie aber selber das "Ei des Kolumbus" auch nicht gefunden. Die Mehrheit der Kommission war aber schlussendlich der Meinung, dass die Vertretung auf zwei Ebenen Sinn mache und der Stadt am meisten Vorteile bringe. Die Chance, im Grossen Rat einen Sitz zu ergattern ist wohl höher als im Nationalrat und es ist für die Stadt wahrscheinlich auch die wichtigere Vertretung. Die Kommission votiert deshalb für eine Variante mit je einer Vertretung auf Kantons- und auf Bundesebene.

Ich möchte vorschlagen, dass jetzt nur die generelle Diskussion geführt wird und noch nicht über die Zusätze wie Sperrfrist oder dem Vorgehen bei Überzähligkeit gesprochen wird. Diese Fragen sollten in einem nächsten Schritt geklärt werden, sofern überhaupt ein Gegenvorschlag gewünscht wird.

Nicati Alain, au nom du Groupe Forum: Dans ce grand silence, je vais essayer d'expliquer ce que pense le Groupe Forum. Deux objets de l'ordre du jour doivent être

traités en même temps. Tout d'abord, il s'agit des modifications à apporter dans la législation sur les votations, afin de supprimer le Conseil municipal à titre accessoire. Le Groupe Forum est d'accord avec la proposition du Conseil municipal, de supprimer les membres du Conseil municipal à titre accessoire dans le Règlement sur les votations. Cela ne signifie pas, qu'il n'y aura pas de corrections à faire dans d'autres arrêtés.

Concernant les variantes de contre-propositions des doubles mandats, le Conseil municipal nous propose plusieurs variantes. Le Groupe Forum est opposé à la variante 1, où seul le Maire est autorisé à siéger soit au Grand Conseil soit à l'Assemblée fédérale. Nous estimons qu'il n'est pas juste d'attribuer à un parti, le parti du Maire, le droit unique de pouvoir siéger au Grand Conseil ou au Conseil national. Le Groupe Forum est favorable à la variante 2. Nous nous exprimerons plus tard sur cette variante. Ce n'est pas la meilleure des variantes, cependant elle reste en discussion. Nous sommes opposés à la variante 3 (sous-variante de la variante 2) qui dit: *"Lors de l'entrée au Parlement, le membre concerné doit avoir siégé au moins huit ans au Conseil municipal"*. On ne nomme pas un conseiller municipal en lui disant qu'il faut huit ans pour comprendre ce qu'il a à faire et que si dans huit ans il a bien compris, il pourra siéger ailleurs. Il ne s'agit pas d'engager un employé pour faire de l'ordre dans les documents des archives, mais il s'agit d'engager un conseiller municipal! Au moment où il prend son poste, s'il est aussi candidat au Grand Conseil ou au Conseil national, il n'a pas besoin d'attendre huit ans. D'après nous, deux variantes restent en jeu: la variante "statu quo" et la variante 2, qui dit que seuls deux membres du Conseil municipal peuvent siéger respectivement soit au Grand Conseil soit à l'Assemblée fédérale. Le Groupe Forum est d'accord avec l'idée défendue par Madame Stöckli Schwarzen, c'est-à-dire de discuter plus tard des détails de la variante choisie. Je vous remercie de votre attention.

Pichard Alain, Fraktion GLP: Die Fraktion Grünliberale unterstützt, wie schon im Februar erwähnt, die Initiative Passerelle. Ich möchte nicht nochmals alle Argumente aufzählen. Kürzlich konnte ich aber mit Alt-Gemeinderat Raymond Glas sprechen. Dieser wollte während seiner Amtszeit für den Grossen Rat kandidieren, was ihm von seiner eigenen Partei verboten wurde. Die damaligen Argumente gelten für die Fraktion Grünliberale heute noch. Gleichzeitig habe ich aber auch Verständnis dafür, wenn jemand den Status Quo beibehalten möchte. Diejenigen, die behaupten, die Arbeitsbelastung sei kein Problem und die Vertretung im Grossen Rat oder im Nationalrat sei wichtig für Biel, sollen sich doch jetzt für den Status Quo einsetzen! Es gibt keine Kompromisse. Wenn Doppelmandate wirklich so wichtig sind, gelingt es auch, die Bevölkerung zu überzeugen. Die Fraktion Grünliberale glaubt dies jedoch nicht. Deshalb ist sie auch gegen einen Gegenvorschlag und dankt Herrn Kaufmann, dass er diesen Rückkommensantrag gestellt hat. So können klare Verhältnisse geschaffen werden. Mit einem Gegenvorschlag würde etwas geregelt, was mit gesundem Menschenverstand und politischem Gespür gelöst werden sollte. Ich glaube nicht, dass bei einer Beibehaltung des Status Quo wieder eine solche Situation einträte wie damals, als die Initiative eingereicht wurde. Alles ist ein "Knorz" und niemand steht mit voller Überzeugung hinter einem Gegenvorschlag. Also, gehen wir doch in diesen Abstimmungskampf, die einen für die Initiative und die anderen dagegen! Wenn berücksichtigt wird, wieviel der Stadtrat zu dieser Struktur 2013 bereits entschieden hat, ist das Thema der Doppelmandate ja eigentlich gar nicht so wichtig.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP: Die Kommissionspräsidentin brachte viele sachliche Vor- und Nachteile von Doppelmandaten vor. Herr Pichard setzt auf klare Verhältnisse, schwarz-weiss, entweder-oder. Das ist relativ einfach. Auch die Fraktion SP hat sich intensiv mit dieser Frage auseinandergesetzt und entschied sich mehrheitlich für einen Gegenvorschlag. Weshalb? Schwarz-weiss ist natürlich am einfachsten: entweder alles oder nichts. Wie die Kommissionspräsidentin darlegte, gibt es aber doch gewisse Gründe, die dafür sprechen, dass Biel in diesen Gremien vertreten sein sollte. Für die Fraktion SP ist es klar, dass eine Vertretung unseres Gemeinderats im Grossen Rat und im Nationalrat wichtig ist. Die Landregionen werden im Kanton Bern von x Gemeindepräsidien vertreten. Die Gemeinden des Berner Oberlands sind stärker vertreten als die Stadt Biel durch ihre Exekutivmitglieder. Deshalb müssen auch Städte, welche für ihre Agglomeration eine wichtige Zentrumsaufgabe übernehmen, im Kanton stark vertreten sein. Diese Vertretung kann nur von Leuten wahrgenommen werden, die ein entsprechendes Knowhow mitbringen. Die Fraktion SP sieht aber auch, dass Ämterkumulation negative Zeichen setzen kann. Personen, die zuletzt überall sind, sind politisch und auch vom Volk nicht unbedingt erwünscht. Es stellt sich die Frage, was sie dann effektiv noch machen. Wer zu viele Mandate besetzt, ist nicht erreichbar und kann sich nicht für alles wirklich einsetzen. Deshalb kommt aus Sicht der SP Variante 1 nicht in Frage. Es kann nicht sein, dass nur der/die PräsidentIn unserer Stadt in den Gremien vertreten sein darf. Variante 2 ist ein sinnvoller Weg, der aber nicht mehr so klar schwarz-weiss ist. Sie soll damit Doppelmandate limitieren, die politische Vertretung Biels in Kanton und Bund aber trotzdem gewährleisten. Wie die Regelung im Detail aussehen könnte, möchte ich an dieser Stelle nicht diskutieren. Die Fraktion SP steht zu diesem Gegenvorschlag, über welchen zwei Gemeinderatsmitglieder die Stadt in Kanton und Bund würdig vertreten könnten.

Magnin Claire, au nom du Groupe des Verts Bienne: Le Groupe des Verts a longuement discuté, jusqu'à très tard cet après-midi, au sujet des propositions et contre-propositions. Cependant, il est difficile d'avoir une position du groupe, puisque nous n'avons pas pu nous retrouver, afin de discuter de toutes les nouvelles informations arrivées durant l'après-midi. Le Groupe des Verts est, par principe, opposé à un cumul des mandats et répartissent les mandats sur plusieurs têtes, même s'il existe une ou deux exceptions notables et de poids. À Bienne, Madame Schwickert a quitté le Parlement cantonal lorsqu'elle a été élue au Conseil municipal, ceci en étant conséquente avec la position des Verts. Le Conseil de ville a vécu une situation plus difficile lors de la dernière législature car le Conseil municipal avait trois de ses membres dans des instances nationale ou cantonale. Nous n'avons pas pu constater de dysfonctionnement évident, qui aurait retardé des mesures urgentes. Actuellement, la situation est normalisée. L'initiative de Passerelle voulait répondre à cette situation difficile.

Aujourd'hui, trois contre-propositions nous sont présentées.

Variante 1: Un double mandat, autorisé pour le maire uniquement avec une sorte de mandat de "Ministre des affaires étrangères". Ceci ne nous paraît absolument pas possible. Si nous voulons que le Maire puisse avoir une relation avec d'autres personnes, il faut qu'il ait, dans son cahier des charges, cette tâche de "Ministre des affaires étrangères". Il ne faut pas mélanger les niveaux.

Variante 2: Statu quo. Nous pourrions être d'accord avec cette variante étant donné que c'est la situation actuelle. Elle ne pose pas trop de problème pour l'instant.

Variante 3: Lors de l'entrée au Parlement cantonal ou fédéral, le membre concerné doit avoir siégé au moins huit ans au Conseil municipal. Le Groupe des Verts ne soutiendra pas cette variante.

La Commission Structures biennoises 2013 et Esplanade a fait une proposition, qui laisse le choix au Conseil municipal, de dire qui va partir ou rester. Cette contre-proposition n'a toutefois pas été retenue par le Conseil municipal. Dans cette situation, nous nous posons la question s'il faut véritablement une contre-proposition. Le Groupe des Verts en a discuté et estime, que seule l'initiative populaire Passerelle (voulue par un certain nombre d'électeurs) et le statu quo doivent être proposés aux électeurs et électrices. La bataille politique doit être faite autour de ces deux positions et non pas autour de contre-propositions, qui seraient très difficiles à comprendre pour la population. Nous soutiendrons le fait, qu'il n'y ait aucune contre-proposition à l'initiative populaire Passerelle.

Calegari Patrick, Fraktion SVP plus: Die Fraktion SVP plus diskutierte diese Frage ebenfalls intensiv. Sie ist froh darüber, dass der Rückkommensantrag heute Abend angenommen wurde. Bereits am 5. August 2008 reichte Urs Grob die Motion "Ergänzung Art. 44 der Stadtordnung" (20080227) ein, welche eine Beschränkung der Doppelmandate verlangte. Dieses Begehren wurde in der Sitzung vom 19. Februar 2009 vom Stadtrat abgelehnt. Heute diskutiert der Rat wieder darüber. Im Prinzip käme der Gegenvorschlag der Fraktion SVP plus entgegen, da sie vor zwei Jahren ja eine solche Lösung wünschte. Variante 1 kann aber nicht unterstützt werden, sie ist nicht tragbar. Je ein Vertreter pro Rat scheint der Fraktion SVP plus aber eine gute Lösung zu sein. Welche Detailvariante die beste ist, kann später entschieden werden. Jedenfalls ist die Fraktion SVP plus für einen Gegenvorschlag mit zwei DoppelmandatsträgerInnen.

Moser Peter, FDP: Ich sagte bereit mehrmals, dass ich für die Initiative Passerelle Sympathien hege. Als ich aber die Gegenvorschläge sah, wurde mir klar, dass jede Einschränkung Probleme bereitet. Jede Einschränkung wirft neue Fragen auf und schafft Ungerechtigkeiten. Am Schluss werden sie zu Juristenfutter oder im Gemeinderat gilt das Faustrecht. Deshalb bin ich heute überzeugt, dass die Initiative ohne Gegenvorschlag vor das Volk sollte. Es gewinnt die Lösung, welche dem Volk am besten verkauft werden kann. Es ist mir klar, dass es hier eher um ein Bauch- als um eine Kopffrage gehen wird. Ich bin aber eindeutig gegen einen Gegenvorschlag.

Baltzer Niklaus, SP: Herr Wiher sagte im Bieler Tagblatt von heute: "*Amtsträger profitieren von ihrer Bekanntheit und werden eher in übergeordnete Parlamente gewählt.*" Nun muss ich einen kleinen Seitenhieb gegen die Medien machen. Im Bieler Tagblatt ist beispielsweise zur Frage um die Notrufnummer 144 ständig von der "Gesundheitsdirektion von Herr Perrenoud" die Rede statt nur von der "Gesundheitsdirektion" und es kann unschwer erkannt werden, dass die Gesundheitsdirektion auch weggelassen werden könnte. Der ganze katastrophale Entscheid könnte also direkt Herrn Perrenoud angelastet werden. Solange in den Medien derart berichtet wird, ist es klar, dass Exekutivmitglieder einen gewissen Vorteil haben, wenn es darum geht, bekannt zu werden. Ich möchte aber vor allem, dass möglichst viele BielerInnen in ein kantonales oder nationales Parlament gewählt werden. Diesfalls müssen halt die Bekannten aufgestellt werden. Es ist ja nicht sicher, dass BielerInnen gewählt werden, wenn Biel seine Gemeinderatsmitglieder nicht

mehr aufstellen darf. Dann werden vielleicht einfach mehr Leute aus dem Wahlkreis gewählt. Biel wird also Stimmen verlieren. Ich bin in dieser Frage ziemlich egoistisch und sage, Biel braucht möglichst viele VertreterInnen bei Kanton und Bund. Schlussendlich stellt sich die Frage, wozu es geht. Geht es um eine politische Wahl oder sollen Exekutivmitglieder privilegiert werden? Bei Grossrats- und Nationalratswahlen wird nicht primär ein Exekutivmitglied gewählt, sondern ein Mitglied einer politischen Partei. Alle Einschränkungsmöglichkeiten laufen darauf hinaus, dass ein Exekutivmitglied gewählt wird und nicht ein Parteimitglied. Deshalb bin ich als Minderheit in der SP für die Version schwarz-weiss. Um eine möglichst grosse Bieler Präsenz zu erreichen, wende ich mich persönlich natürlich gegen die Initiative.

Bösch Andreas, Grüne Biel: Ich bin gegen ein Verbot von Doppelmandaten. Von mir aus gesehen soll jedes Mitglied des Gemeinderats selber entscheiden, ob sie oder er dies möchte. Gegebenenfalls liegt es an den entsprechenden Parteien einzugreifen, wenn sie den Eindruck haben, dass diese Person ihre Arbeit im Gemeinderat nicht gut oder nicht richtig macht. Klar erwarte auch ich einen hundertprozentigen Einsatz eines Gemeinderatsmitglieds. Ich habe aber nichts dagegen, wenn diese Person, sei dies aus Ehrgeiz oder weil sie ein extremes "Animal politique" ist, mehr als 100 Prozent leisten möchte und bereit ist, sich total aufzuopfern. Also werde ich dem Antrag auf Status Quo zustimmen. Nun greife ich etwas vor. Wenn schon ein Gegenvorschlag gewählt werden muss, dann würde ich für den Vorschlag der Kommission votieren, dass der Gemeinderat die Vertretung selber regeln soll. Wie gesagt, es kommt auf die Person an, ob sie für ein Doppelmandat geeignet ist oder nicht. Das kann nicht in Zahlen oder mit anderen Kriterien festgeschrieben werden. Wenn also eine Beschränkung auf zwei Mitglieder gewünscht wird und sollten zu viele seiner Gemeinderatsmitglieder in übergeordnete Parlamente gewählt werden, dann muss der Gesamtgemeinderat selber ausmachen, wer gehen darf und wer nicht.

Rindlisbacher Hugo, Die Eidgenossen: Wie bereits unser Fraktionspräsident, Herr Calegari, sagte, hat unsere Fraktion eine differenzierte Meinung. Die Eidgenossen sind der Meinung, der Wählerwille solle spielen. Die Wählerschaft entscheidet, wer in ein Parlament gewählt wird. Deshalb sind die Eidgenossen für den Status Quo.

Kaufmann Stefan, FDP: Es ist schön zu sehen, wie die Meinungen quer durch die Fraktionen verschieden sind. Sicher gibt das eine interessante Abstimmung. In der Februarsitzung war die Rede davon, der Initiative Passerelle einen Gegenvorschlag gegenüber zu stellen. Es bestand die Meinung, dieser hätte eine bessere Chance gegen die Initiative als der Status Quo. Dieser Einwand kam von der Fraktion SP. Dies kann sein, wenn der Gegenvorschlag gut ist. Wenn der Gegenvorschlag jedoch ein Murks ist, dann glaube ich, dass er sogar geringere Chancen hat als der Status Quo. Von den diskutierten Gegenvorschlägen überzeugt keiner. Deshalb glaube ich persönlich, dass der Status Quo die grössere Chance hat, gegen die Initiative zu bestehen als sie ein Gegenvorschlag hätte.

Scherrer Martin, FPS: Persönlich kann ich den Gegenvorschlägen nichts Positives abgewinnen. Keiner überzeugt mich davon, dass ein faires und ausgewogenes System erreicht würde. Allerdings überzeugt mich auch die Initiative nicht. Ich finde es keine gute Alternative, wenn Biel in keinem Rat mehr vertreten ist. Deshalb bin ich

persönlich ebenfalls für den Status Quo. Dafür möchte ich ein weiteres, noch nicht erwähntes Argument ins Feld führen: voraussichtlich wird Biel eine Amtszeitbeschränkung von 16 Jahren einführen. Also wird sich ein Mitglied des Gemeinderats, das sich diesfalls aktuell in der letzten Amtsperiode befindet, sehr gut überlegen müssen, wie die persönliche politische Karriere weitergehen soll. Es wäre sehr gut möglich, dass das Mitglied nach 14 Jahren im Gemeinderat an den Nationalratswahlen teilnimmt, da es ja in zwei Jahren nicht mehr in diesem Gremium sein wird. Somit könnte seine politische Karriere nahtlos weitergehen. Dies würde ich verstehen. Wenn nun die Initiative Passerelle kommt, müsste das betreffende Mitglied des Gemeinderats mitten in der Legislatur zurücktreten und Biel unter dem Jahr Neuwahlen für nur einen Gemeinderatssitz durchführen. Dies finde ich schlecht. Deshalb möchte ich den Mitgliedern des Gemeinderats die Möglichkeit lassen, in mehreren Räten mitzumachen. Soweit mir bekannt ist, können sie sich nicht persönlich bereichern, wenn sie noch in anderen Räten sitzen. Sie müssen das verdiente Geld nämlich der Stadt abliefern. Bei meinem Vater war es jedenfalls so, ich weiss aber nicht, ob das für alle Gemeinderäte und Gemeinderätinnen gilt (*Gelächter im Saal*).

Wiederkehr Martin, SP: Herr Kaufmann gab das Stichwort: Der Gegenvorschlag soll für das Volk verständlich sein. Wenn dem Volk x Varianten vorgelegt werden, so wie sie jetzt vorliegen, dann versteht dies der Stimmbürger, die Stimmbürgerin nicht. Deshalb ist die Fraktion SP der Meinung, dass ein Gegenvorschlag einfach und klar formuliert sein muss. Dies bedeutet a) dass einfach zwei Mitglieder des Gemeinderats in einem weiteren Parlament mitmachen können und b) die Verteilung der beiden Sitze geregelt sein muss. Es wurden Vorschläge gemacht, wie diese Regelung aussehen könnte. Es wäre aber auch möglich, dass statt dem Gemeinderat der Stadtrat diesen Entscheid trifft. Diese Diskussion macht aber erst Sinn, wenn der Stadtrat effektiv auf einen Gegenvorschlag eintritt. Es ist aber richtig, dass der Gegenvorschlag für die Volksabstimmung klar und einfach und ohne Varianten sein muss. Für die Bereinigung der Varianten ist der Stadtrat zuständig. Er ist auch vom Volk gewählt und es liegt in seiner Kompetenz.

Stöckli Schwarzen Heidi, SP: Im Verlauf dieser Diskussion wurde gesagt, die Frage der Doppelmandate sei nur ein Nebenschauplatz. Das stimmt, aber es geht hier eigentlich um alles oder nichts. Die Tatsache, dass sich heute Abend so viele für den Status Quo einsetzen, dass 30% der Grossratsmitglieder GemeindevertreterInnen sind, dass auch andere grosse Städte eine solche Regelung der Doppelmandate kennen, zeigt, dass die Doppelmandate eine gewisse Wichtigkeit und Bedeutung haben. Ich selber finde eine Einschränkung auch nicht wirklich gut und auch mir gefällt keine der vorgeschlagenen Varianten. Ich denke aber, wenn dem Stadtrat die Doppelmandate wirklich wichtig sind, sollte er sich auf einen Gegenvorschlag einlassen. Das Risiko, nur mit dem Status Quo in die Abstimmung zu gehen, ist zu gross. Herr Bösch sagte, ein Animal politique könne mehr als 100% leisten. Das glaube ich auch. Als in der letzten Legislatur jedoch fast alle Gemeinderatsmitglieder ein Doppelmandat innehatten, war es niemandem mehr wohl. So entstand auch die Initiative. Der Stadtrat hat in der Februarsitzung 2010 über Teilzeit diskutiert. Diese wurde abgelehnt. Es wurden fünf Gemeinderatsmitglieder gefordert, welche zu 100% für die Stadt arbeiten. Falls nun wiederum alle fünf Mitglieder ein Doppelmandat innehätten, könnte ich der Bevölkerung nicht erklären wie es möglich ist, 100% Gemeinderatsmitglied zu sein und dazu noch in einem weiteren Parlament zu sitzen.

Ich frage mich, ob in dem Fall nicht wieder über Teilzeit diskutiert werden müsste. Dem Volk gegenüber ist es ganz schwierig zu vertreten, dass der Stadtrat gleichzeitig fünf 100%-Ämter will und diese auch Doppelmandate ausüben dürfen. Dann habe ich noch eine Frage an den Gemeinderat. In der Diskussion im Februar 2010 sagte Herr Stöckli, bis 1996 hätte es eine einschränkende Regelung gegeben. Nun möchte ich wissen, wie diese Situation bis 1996 geregelt war. Könnte die damalige Regelung heute hilfreich sein, oder ist sie kalter Kaffee?

Isler Peter, SP: Ich bin ebenfalls der Ansicht, dass die Frage der Doppelmandate ein Nebenschauplatz ist. Deshalb werde ich meinen sorgfältig vorbereiteten Beitrag nicht vorlesen. Man kann nicht sagen, es handle sich um einen Nebenschauplatz und dann die Diskussion immer wieder von vorne beginnen. Etwas möchte ich aber trotzdem noch erwähnen. Für ein gutes Leben braucht es Regeln und Reglemente. Wenn aber alles geregelt werden soll, dann ertrinkt man im Sumpf der Vorschriften. Unwesentliche Probleme sollten nicht geregelt werden. Der Stadtrat hat auch die Verpflichtung, Reglemente abzuschaffen oder nicht zu schaffen, wenn sie nicht wirklich wesentlich sind. Ich möchte nicht, dass das wahr wird, was ein genialer Satiriker gesagt hat: *"Alles ist nicht verboten in der Schweiz, aber was nicht verboten ist, ist obligatorisch."* Das möchte ich nicht. In der 150-jährigen neueren Geschichte der Stadt kam es einmal vor, dass alle ständigen Gemeinderatsmitglieder ein zweites Mandat innehatten. Es kommt mir vor, wie wenn im Beaumont eine Lawinverbauung errichtet würde. Man kann ja nie wissen, wann die nächste Lawine zu Tale donnert.

Habegger Markus, parteilos: Herr Wiederkehr, das Volk versteht sehr wohl vieles und stimmt weise ab. Das sah man in den letzten Jahren immer wieder. Wenn der Initiative Passerelle ein Gegenvorschlag gegenübergestellt wird, welcher relativ viel beinhaltet und überladen ist, befürchte ich, dass die Initiative angenommen wird. Es ist am Stadtrat, das Volk nicht auszutricksen mit Gegenvorschlägen, welche in meinen Augen nicht gut sind. Das Volk muss frei entscheiden können. Es wird merken, dass fähige Personen, so wie wir sie jetzt haben, gut mehrere Mandate ausüben können. In Biel gibt es sowieso zu wenig gute Leute. Ich bin froh um alle, die in einem kantonalen oder nationalen Parlament sind. In letzter Zeit hat Biel fähige Leute, und die Resultate ihrer verschiedenen Tätigkeiten sind sichtbar. Sollte das Volk durch einen Gegenvorschlag vergraut werden und die Initiative Passerelle vorziehen, hat die Stadt nichts mehr. Dann stehen die guten Leute, die nach Bern oder in den Nationalrat geschickt werden könnten, nicht mehr zur Verfügung. In Biel werden sich noch weniger Leute finden, welche bereit sind, Politik zu betreiben. In dem Sinn bin ich klar dafür, den Status Quo beizubehalten. In meinen Augen ist das Volk schlau und versteht vieles. Es sollte selber entscheiden können.

Hadorn Werner, SP: Ich stehe hier als Einzelsprecher und vertrete weder die Fraktion noch die SP. In letzter Zeit setzte ich mich sehr stark dafür ein, dass Herr Stöckli Nationalrat wird und machte bei seiner Wahlkampagne mit. Dabei unterstützte ich aber eigentlich nicht Herrn Stöckli als Bieler, sondern ich unterstützte ihn, weil er ein politisch denkender Mensch ist, einen weiteren Horizont hat als nur die Stadt und weil ich ihn für fähig halte, auf eidgenössischer Ebene etwas zu bewirken. Ich glaube nicht an die Geschichten, welche besagen, ein Grossrats- oder Nationalratsmandat ermögliche zu lobbyieren und Einfluss für Biel zu nehmen. Vor allem glaube ich nicht, dass jemand, der nicht auch noch die Belastung durch ein Exekutivamt hat, dies nicht

machen könnte. Natürlich sagt Herr Stöckli, es sei Lobbyarbeit. In den Wandelhallen des Bundeshauses und in den Kommissionen passiere das Entscheidende und dort könne er sich für Biel einsetzen. Aber dort können sich alle für Biel einsetzen, nicht nur Mitglieder der Exekutive. Dieses Argument überzeugte mich nie.

Zu den nun vorliegenden Gegenvorschlägen möchte ich Folgendes sagen: Es ist ein enormes Tohuwabohu und ich weiss nicht, ob der Stadtrat schlussendlich zu einer Lösung kommen wird. Mich überzeugt eigentlich als einziger derjenige Vorschlag, bei welchem aus dem Gemeinderat nur der Stadtpräsident/die Stadtpräsidentin antreten darf. Dieser ist aber allem Anschein nach chancenlos. Natürlich gibt es auch bei diesem Vorschlag weitere Gegenkandidaturen, denn das hiesse ja nicht, dass der Stadtpräsident/die Stadtpräsidentin auch gewählt würde. Politisch wäre diese Lösung aber vertretbar. Der Stadtpräsident/die Stadtpräsidentin macht die Aussenpolitik der Stadt. Er/sie vertritt die Stadt gegen aussen und ist als StadtpräsidentIn unabhängig gewählt. Er/sie ist nicht einfach Primus inter pares, sondern hat dieses Mandat vom Volk erhalten. Es wäre eine einfache Lösung. Wahrscheinlich hat sie jedoch keine Chance, sie scheint mir aber als einzige noch einigermaßen akzeptabel. Die Lösungen mit dem Anciennitätsprinzip oder dem Stimmenverhältnis bei der Gemeinderatswahl müssten mir zuerst nochmals erklärt werden. Da würde im Gemeinderat ein Entscheid gefällt, welcher einen Volksentscheid korrigiert! Dies ist nicht der Sinn der Grossrats- oder Nationalratswahlen. Ich möchte nicht, dass der Bieler Gemeinderat in einem kritischen Fall darüber entscheidet, ob Blocher gewählt wird oder nicht, je nachdem wie die politischen Verhältnisse im Grossen Rat oder im Nationalrat aussehen. Das muss das Volk entscheiden. Volksentscheide können nicht im Nachhinein korrigiert werden. Von allen vorgeschlagenen Lösungen finde ich keine praktikabel. Deshalb bin ich eigentlich auch dafür, keinen Gegenvorschlag zu machen. Ich bin sicher, dass nicht mehr alle Gemeinderatsmitglieder gewählt würden. Dies nicht, weil sie unfähig wären. Herr Klopfenstein war sicher nicht unfähig im Grossen Rat. Ihm gehörten einfach bereits zu viele GemeinderätInnen an. Das Volk hat dies nun korrigiert.

Sermet-Nicolet Béatrice, PSR: La discussion de ce soir montre bien combien il est difficile de trouver des critères de restrictions. Cette discussion me fait penser à celle des quotas, que nous avons eue dans chacun des groupes et lors des prises de position au sujet des structures de l'Administration biennoise et de l'Exécutif biennois. Il ne s'agit pas ici de quotas, mais de restrictions quand même. Le principe démocratique veut, que nous laissons le choix au peuple. Je me sens extrêmement mal à l'aise dans cette discussion, c'est la raison pour laquelle, je me suis abstenue tout à l'heure, car j'estime qu'il faut laisser la démocratie jouer son jeu. On ne parle pas des personnes, ni de ce qui a été fait ou pas. Je reste fidèle à ce principe, que nous n'avons pas voulu de quotas et par conséquent, je ne vois pas pourquoi nous introduirions des quotas, alors que nous n'en avons pas voulu pour les femmes et les francophones à l'Exécutif. Merci de votre attention.

Nicati Alain, PRR: Suite à un accident, on a tendance à prendre des mesures qui dépassent le problème. J'ai vécu cela plusieurs fois dans ma vie. Nous avons eu beaucoup de conseillers municipaux siégeant à Berne. Maintenant, ce n'est pas une excuse, d'avoir une règle extrême, avec l'initiative populaire Passerelle. Un directeur doit pouvoir gérer le présent, voir l'avenir et le préparer. Si dans nos listes de partis, nous trouvons des personnes avec ces aptitudes, nous pouvons, sans autre, en

rester au statu quo. Les membres du Conseil municipal sont capables de savoir ce qu'ils ont à faire!

Stöckli Hans, Stadtpräsident: Der Gemeinderat ist sehr dankbar dafür, dass bei diesem grossen Projekt Struktur 2013 95% der Anliegen offensichtlich diskussionslos genehmigt werden können, so dass sich der Stadtrat nun intensiv mit dem pikanten Problem der Doppelmandate auseinandersetzen kann. Die heutige Situation entstand, weil es - in der Bieler Geschichte einmalig - dazu kam, dass gleichzeitig alle vier vollamtlichen Gemeinderatsmitglieder ein Doppelmandat innehatten. Das war zu viel und gipfelte in der Initiative Passerelle. In der Zwischenzeit hat sich die Situation wieder verändert. Im Gemeinderat sitzen heute noch zwei Parlamentarier mit Doppelmandat. Ich nehme nicht an, dass die Initiative Passerelle lanciert worden wäre, wenn damals die gleiche Situation geherrscht hätte. Wie Frau Stöckli Schwarzen erwähnte, wurde bei der Totalrevision der Stadtordnung der alte Art. 41 aufgehoben. Leider habe ich ihn nicht dabei und ich kann ihn nicht im Detail zitieren. Inhaltlich war er aber äusserst detailliert. Er berücksichtigte nicht nur die Anciennität, sondern auch noch die Sprache und die politische Zugehörigkeit. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass diese Vorschrift jemals angewendet worden wäre. Aber sie war vorhanden, wie auch in vielen anderen Städten. Würde eine ähnliche Regelung wieder eingeführt, hätte Biel also keine "einzigartige", völlig systemfremde Quotenregelung. Es kann auch nicht gesagt werden, die ungeliebte Quotenregelung würde über die Hintertür wieder eingeführt.

Der Gemeinderat ist überzeugt davon, dass eine Bieler Exekutivvertretung auf übergeordneter Ebene möglich sein sollte. Diese soll aber eingeschränkt werden, so wie es jahrelang der Fall war. Als die einschränkende Bestimmung aufgehoben wurde, hatte nur Herr Scherrer ein Doppelmandat inne. (Selbstverständlich gab er übrigens genau gleich viel Sitzungsgeld ab, wie alle anderen. Dies ist in einem Reglement geregelt.) Ich zum Beispiel gehörte dem Grossen Rat erst nach 12 Jahren im Amt als Gemeinderat und dann dem Nationalrat an. Vielleicht ist dies der Grund für die Überlegung, dass sich jemand zuerst in die Dossiers der Stadt einarbeiten und erst dann einem übergeordneten Parlament angehören sollte. Aber auch diese Überlegung kann kontrovers diskutiert werden.

Der Gemeinderat möchte, dass die Initiative Passerelle nicht angenommen wird und stellt den Antrag, diese abzulehnen. Er ist jedoch auch der Meinung, dass eine einschränkende Variante erfolversprechend ist. Diese dürfte natürlich nicht so kompliziert sein, wie diejenige aus dem Jahr 1977. Sie müsste klar sein. Es ist undenkbar, dass der Gemeinderat in einem politischen Akt nach den Wahlen entscheiden soll, wer in einem Parlament sitzen darf und wer nicht. Dieses Vorgehen widerspräche allen demokratischen Grundprinzipien. Es kann nicht sein, dass diese Entscheidung aufgrund der politischen Mehrheitsverhältnisse im Gemeinderat gefällt wird. Die Spielregeln müssen von Anfang an klar sein. Wenn jemand zu einer Wahl antritt, muss er/sie auch wählbar sein und seine/ihre Wahl später annehmen können. Ich bitte den Stadtrat, den Gemeinderat nicht in eine unmögliche Situation zu bringen. Zudem ist auch die Transparenz gegenüber der Wählerschaft wichtig. Diese muss wissen, nach welchen Prinzipien solche Quoten eingeführt werden. Ich kann mir vorstellen, dass der Gemeinderat jeweils vor den Wahlen eine Verordnung erliesse, welche diese Fragen regelt. Es gibt ja nicht 1'000 Fälle. Der Gemeinderat hat alle durchdacht und ich bin sicher, dass keiner vergessen wurde. Der Gemeinderat

orientierte sich an Gemeinden und Kantonen, die eine solche Regelung kennen. Er ist sicher, dass die Chance für die Beibehaltung von Doppelmandaten grösser ist, wenn ein Gegenvorschlag gemacht wird. Deshalb machte er sich auf die Suche nach einem solchen. Der erste, welcher offensichtlich nur von Herrn Hadorn unterstützt wird, hat nichts mit meiner Person zu tun. Es ist einfach gewissermassen logisch. Es ist nämlich schon so, dass die Initiative Passerelle beim Sammeln von Argumenten eine gute Munition hatte. Es hiess, die Herren Moeschler, Scherrer und Klopfenstein würden sich gegenseitig in den Abstimmungen aufheben. Das ist schon eine Überlegung wert und konnte auch nachgewiesen werden. Die politische Dimension dieser Bieler Vertretung wird erheblich vereinfacht, wenn diese Person im Majorzsystem gewählt wurde. Das Stadtpräsidium wird in einer Majorzwahl entschieden und dementsprechend hat es eine grössere Legitimation zur Vertretung der Stadt.

Ich bin nicht ganz gleicher Meinung wie Herr Pichard, dass sich die Aussenpolitik auf die Gemeinde beschränke. Das ist nicht der Fall. Es ist klar, der/die StadtpräsidentIn muss nicht gerade im Europarat vertreten sein. Aber die Aussenpolitik der Stadt findet selbstverständlich auf kantonaler Ebene statt. Die heute von Herrn Gasche vorgestellten Projekte haben gewaltige und hoffentlich positive Einflüsse auf Biel. Es kann nicht gesagt werden, die Aussenpolitik beschränke sich nur auf die Gemeinde. Es muss auch ein Einfluss auf die kantonale Politik ausgeübt werden. Ich möchte nicht abstreiten, dass die Einflussnahme für Biel möglicherweise auf kantonaler Ebene grösser ist als auf nationaler Ebene. Ich hoffe nicht, dass mir diese Aussage später zum Vorwurf gemacht wird. Für Variante 1 spricht, dass die Majorzwahl des Stadtpräsidiums eine politische Unabhängigkeit garantiert und die Mehrheit der Stimmen erfordert. Natürlich kann auch gesagt werden: "The Winner takes it all". Das ist aber nicht die Idee. Die anderen Punkte waren die Überlegungen, welche zu dieser Variante führten. Übrigens war das ein Vorschlag, welcher von grüner Seite kam.

Variante 2 fordert je einen Sitz im Nationalrat und im Grossen Rat. Das hat den Nachteil, da muss ich Herrn Hadorn Recht geben, dass es denkbar ist, dass die gleiche politische Seite in beiden Räten die Stadt vertritt. Das ist übrigens das heutige Szenario, Herr Moeschler und ich sind in diesen beiden Parlamenten für die gleiche Partei vertreten. Dies, ohne dass es durch ein Reglement oder eine Vorschrift so geregelt gewesen wäre. Es ist also nicht sicher, dass es in dieser Situation mit einem Reglement anders herauskäme. Im Reglement wäre aber klar festgehalten, dass mehr als zwei Vertretungen nicht möglich wären. Ich gebe zu, dass diese Lösung gegenüber der Präsidiumslösung einen Vorteil hat. Wenn der/die PräsidentIn sagt, ein Doppelmandat interessiere ihn/sie nicht, ist es unmöglich, dass jemand anderes aus dem Gemeinderat gewählt werden kann. Das ist die Sperrkompetenz, welche dem Präsidium zukommt. Dies hat der Gemeinderat auch bedacht. Aber dort noch einzubauen, dass trotzdem jemand gehen kann, wenn der/die PräsidentIn dies nicht will, das wäre definitiv nicht mehr zu regeln. Die Schwäche dieser Lösung ist jedoch bekannt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der Gemeinderat keine Präferenz hat. Er ersucht jedoch den Stadtrat, einen Gegenvorschlag einzubringen. Er ist überzeugt, dass damit die Chancen der Initiative Passerelle sinken. Es ist sinnvoll, dass Biel auf kantonaler und nationaler Ebene vertreten ist. Wenn der Stadtrat zur Ansicht gelangt,

es brauche keinen Gegenvorschlag, dann wäre ich froh, wenn wenigstens die Initiative Passerelle abgelehnt würde und dementsprechend der jetzt korrigierte Status Quo beibehalten würde. Herr Klopfenstein, Ihre Abwahl hat wenigstens einen Vorteil. Die Verantwortung, wenn die Initiative angenommen würde, müsste der Stadtrat mittragen.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich schreite nun zur Abstimmung zur Frage, ob der Initiative Passerelle ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden soll. Es handelt sich um die gleiche Abstimmung, über welche bereits im Februar abgestimmt wurde.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziff. 1 Bst. a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1), **keinen** Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Für einen 100%igen Einsatz der Gemeinderäte im Dienste der Stadt" zu präsentieren.

Stöckli Hans, Stadtpräsident: Damit erübrigen sich eine ganze Reihe von Diskussionen. Ich wäre aber froh, wenn der Rat noch entscheiden würde, ob er sich für oder gegen die Initiative aussprechen will, das heisst, welche Empfehlung er dem Volk abgeben möchte. Darüber müsste jetzt noch debattiert werden.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Im Beschlussesentwurf der Sitzung vom 25. Februar 2010 ist bereits festgehalten: "*1. Die Volksinitiative "Für einen 100%igen Einsatz der Gemeinderäte im Dienste der Stadt" wird zur Ablehnung empfohlen.*" Dieses Thema wurde bereits diskutiert und der Stadtrat lehnte die Initiative bereits ab.

Volksinitiative "Für einen 100%igen Einsatz der Gemeinderäte im Dienste der Stadt"

Gurtner Roland, Passerelle: Je demande de revenir sur le vote de février. En février, l'initiative a été clairement rejetée, dans l'idée qu'il y aurait une contre-proposition. Ce principe a été accepté à une large majorité. Aujourd'hui, nous avons eu de nombreuses discussions au sujet de plusieurs variantes et sous-variantes. Les membres du Conseil de ville ont eu l'occasion de reconsidérer leur position sur l'initiative populaire et sur le statu quo. En février, nous avons rejeté la contre-proposition du Conseil municipal et il n'y a pas eu de discussions. La séance s'est même terminée dans une certaine confusion. Aujourd'hui et suite à cette discussion nourrie, qui a permis à tout le monde de se faire une opinion, il me paraît juste et transparent, que nous votions à nouveau, pour déterminer la position du Parlement.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Es besteht nun nochmals die gleiche Situation. Ein Rückkommensantrag auf einen im Februar 2010 gefassten Beschluss liegt vor.

Stöckli Hans, Stadtpräsident: Ich bin überzeugt, dass diese Debatte in Kenntnis davon, dass es keinen Gegenvorschlag gibt, nochmals geführt werden sollte. Dies ist ein wichtiger Entscheid. Das Stimmenverhältnis muss im Abstimmungsbulletin

aufgeführt werden. Das Volk muss wissen, wie sich der Stadtrat dieser Initiative gegenüber verhält. Ich bin sogar der Meinung, dass mit dem Rückkommen auf den Gegenvorschlag auch die Haltung zur Initiative nochmals diskutiert werden muss. Ich empfehle, den Rückkommensantrag anzunehmen. Eine Abstimmung kann ja nachher ohne grosse Diskussion durchgeführt werden.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich höre den Vorschlag, die Pause für die Überlegung zu nutzen, ob auf den Rückkommensantrag eingestiegen werden soll oder nicht. Das Votum ist jedoch klar, dass jetzt abgestimmt werden soll. Die nächste Abstimmung betrifft also die Frage, ob der Rückkommensantrag von Herrn Gurtner gutgeheissen wird.

Abstimmung

Der Rückkommensantrag wird gutgeheissen.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Es ist jetzt 19.30 Uhr und es stellt sich die Frage, ob mit dieser Diskussion noch angefangen werden soll...? Es gibt keine Wortmeldungen. Ich komme also zu der Abstimmung, ob der Stadtrat die Initiative Passerelle unterstützt oder nicht.

Ordnungsantrag

Stöckli Schwarzen Heidi, Fraktion SP: Ich stelle einen **Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch**. Die Fraktion SP muss sich zuerst nochmals treffen um zu entscheiden, wie sie abstimmen soll. Die Situation ohne Gegenvorschlag ist neu.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

Ordnungsantrag

Bösch Andreas, Grüne Biel: Es kann doch nicht sein, dass einer Fraktion verwehrt wird, untereinander abzusprechen, wie sie stimmen will! Deshalb stelle ich einen **Ordnungsantrag auf Sitzungsunterbruch für fünf Minuten**. Damit kann sich die SP wenigstens fünf Minuten beraten.

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird abgelehnt.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Jetzt weiss ich nicht mehr weiter. Ich brauche eine Pause, um mich zu beraten. *(Gelächter)* Es geht nun einfach darum abzustimmen, ob der Stadtrat die Volksinitiative der Passerelle zur Annahme oder zur Ablehnung empfiehlt. Gibt es dazu noch eine Wortmeldung?

Hadorn Werner, SP: Ich glaube, es muss zuerst eine Abstimmung durchgeführt werden, ob der Stadtrat überhaupt eine Empfehlung machen will. Für mich ist es nicht offensichtlich, dass der Stadtrat diese Entscheidung nicht dem Volk überlassen sondern eine Position ergreifen will. Ich stelle die Frage, ob der Stadtrat überhaupt eine Empfehlung abzugeben braucht.

Stöckli Hans, Stadtpräsident: Im Namen des Gemeinderats empfehle ich, die Volksinitiative der Passerelle dem Volk zur Ablehnung zu empfehlen. Der Gemeinderat war zwar der Auffassung, dass dies mit einem Gegenvorschlag einfacher gewesen wäre. Selbstverständlich ändert dies nichts an der Tatsache, dass die Initiative auch ohne Gegenvorschlag nicht angenommen werden sollte. Der Stadtrat hat sich dafür entschieden, keinen Gegenvorschlag zu unterbreiten, weil keine Lösung überzeugte. Falls der Status Quo beibehalten wird, wird es sicher richtig sein, wenn die Gemeinderatsmitglieder Doppelmandate zurückhaltend annehmen und die Parteien entsprechend KandidatInnen nominieren. So könnte eine gewisse Einschränkung der Doppelmandate auch erreicht werden. In der Botschaft fehlt auch der Text zur Ablehnung der Initiative noch. Ebenfalls müsste die Passerelle noch die Möglichkeit erhalten, in Kenntnis des heutigen Resultats ihre Argumente in der Botschaft darzustellen. Deshalb frage ich mich, ob die entsprechenden Anpassungen der Botschaft an den Gemeinderat oder an die Kommission Struktur und Esplanade delegiert werden sollen. Der momentane Text der Botschaft geht davon aus, dass es einen Gegenvorschlag gibt. Dieser ist jetzt vom Tisch. Das ist kein Weltuntergang. Jetzt kann klar gesagt werden, ob man für oder gegen Doppelmandate ist. Wieviele Doppelmandate dann wirklich ausgeübt werden, entscheiden die Parteien, der Gemeinderat und das Volk. Dies ist ein Vorteil. Es wird sich weisen, wer Recht hat. Diejenigen, die sagen schwarz-weiss sei besser oder diejenigen die grau in grau vorgezogen hätten? Ich zähle darauf, dass alle, die jetzt keinen Gegenvorschlag unterstützten und auch die Initiative ablehnen, sich im Abstimmungskampf entsprechend äussern werden. Ich informierte mich vorhin noch darüber, wie die Initiative im Mitwirkungsverfahren aufgenommen wurde. Es ist interessant, dass die Initiative bereits zu diesem Zeitpunkt bei den Parteien wenig Unterstützung fand. Wenn meine Erinnerungen richtig sind, sprachen sich lediglich drei Parteien für die Initiative aus. Sechs Parteien sprachen sich für den Status Quo aus und vier waren mehr oder weniger überzeugt vom Gegenvorschlag des Gemeinderats. Dies müsste in der Botschaft ebenfalls aufgenommen werden.

Ich ersuche also den Stadtrat, jetzt ein klares Signal zu setzen. Er muss sich jetzt entscheiden, ob er die Passerelleinitiative unterstützen will oder nicht. Mit der Initiative wäre Biel eine der wenigen Städte in der Schweiz, welche Doppelmandate für Gemeinderatsmitglieder verbietet. Mit einer Ablehnung wird auf die Vernunft der Parteien, der Gemeinderatsmitglieder und des Volks gesetzt und der Status Quo unterstützt.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 26. März 2010 betreffend Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Botschaft und des Berichts des Gemeinderates vom 15. Januar 2010 betreffend das Teilprojekt Politische Struktur Biel 2013 / Teilrevision der Stadtordnung gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziffer 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **mit 6 Ja- zu 34 Neinstimmen bei 7 Enthaltungen:**

Den Stimmberechtigten wird die Ablehnung der Volksinitiative "Für einen 100%igen Einsatz der Gemeinderäte im Dienste der Stadt" empfohlen.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Damit stellt sich noch die Frage, wem die Redaktion des Botschaftstextes übertragen werden könnte? Vorgeschlagen wurde die Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade...

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst**, die Redaktion des Botschaftstextes der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade zu übertragen.

94. Begründung der Dringlichkeit Postulat Patrick Calegari, SVP plus, "Die Einfahrt zum Mettlenweg bei der Unterführung Längfeldweg darf nicht verhindert werden"

Calegari Patrick, SVP: Der Gemeinderat hat wiederum einen Murks im Köcher. In schnellem Tempo will er eine Verkehrsbehinderungskatastrophe durchziehen, zu welcher der Stadtrat nichts sagen können. Am Schluss wird der Gemeinderat aber Leidtragender sein und jeden Tag Klagen der Bevölkerung anhören müssen. Die Situation am Mettlenweg ist dem Stadtrat wohl bekannt. Es gibt dort eine kleine Unterführung, in Richtung Solothurn. Diese will der Gemeinderat sperren lassen, beziehungsweise nur noch am Morgen und am Abend öffnen. Wenn die Leute, die zuhinterst am Mettlenweg wohnen am Abend nach Hause wollen, müssen Sie den Weg durch das ganze Verkehrs-Chaos bis zum Bärenplatz fahren, dann durch die Unterführung und durch den Mettlenweg wieder zurück, bis sie endlich daheim sind, um sich auszuruhen. Das ist total dumm. Ich hoffe, dass der Stadtrat meinem Postulat die Dringlichkeit gewähren kann, damit sich der Gemeinderat die Verkehrssituation am Mettlenweg nochmals überlegen kann.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich sehe, dass Frau Stöckli noch eine Wortmeldung zum Geschäft "Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung" hat, welche offenbar den Text der Botschaft betrifft.

Abstimmung

Die Dringlichkeit wird gewährt.

93. 20090117 Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Botschaft (Fss.)

Stöckli Schwarzen Heidi, Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade: Ich möchte noch eine kleine Anmerkung zum Botschaftstext machen: Die Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade hat ja jetzt die Kompetenz erhalten, diese zu überarbeiten. Der Korrektheit halber möchte ich festhalten, dass der vorliegende Botschaftstext noch einen Fehler enthält. Art. 42 Abs. 2 der Stadtordnung wurde in Art. 72 transferiert (Übergangslösung). Es wurde aber vergessen, ihn danach in Art. 42 Abs. 2 zu streichen. Die Kommission wird dies auch anpassen.

Ein anderes Thema ist die französische Übersetzung: Diese wurde sowohl in der Kommission als auch in der Fraktion SP diskutiert. Ich spreche nun als Fraktionssprecherin der SP. Die Fraktion SP hat festgestellt, dass in vielen Teilen der französischen Übersetzung und insbesondere wenn es um das Stadtpräsidium geht, nur die männliche Form angeführt wird. In der deutschen Version werden konsequent beide Formen verwendet. Die Fraktion SP stellt den Antrag, dass dies auch für die französische Version gelten muss. Abklärungen mit dem Übersetzungsdienst fanden statt. Ich lese kurz auf Französisch vor, was die Romands gerne hätten:

Le Groupe socialiste demande au Conseil municipal de tout mettre en œuvre afin que la version française de la modification de la révision partielle du Règlement de la ville et de la modification partielle du Règlement des votations et des élections communales soient rédigés en écriture épïcène, soit en incluant tant la forme masculine, que la forme féminine. Le texte français, qui nous est soumis, contient déjà dans sa globalité la forme féminine ou une formulation neutre, qui permet d'intégrer les deux genres. Par contre, il reste notamment le terme de "Maire", qui est uniquement au masculin. **Nous demandons que le terme de "Mairesse" soit ajouté à celui de "Maire"**.

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Gibt es dazu noch Wortmeldungen? Wenn nicht, möchte ich über den Antrag der Fraktion SP abstimmen lassen, dass den maskulinen noch die femininen Formen angefügt werden.

Abstimmung

Der Antrag der Fraktion SP wird mit grossem Mehr angenommen.

Sitzungsunterbruch: 19.45 - 21.00 Uhr

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Ich kann dem Stadtrat mitteilen, dass der Verkauf der Abzeichen für das Robi-Fest Einnahmen von CHF 378.50 ergab. Im Namen von Frau Hufschmid danke ich dem Stadtrat herzlich dafür. Dann möchte ich ankündigen, dass die Beratungen des Stadtrats heute Abend bis 22.30 Uhr weitergehen.

93. 20090117 Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Botschaft (Fss.)

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: In der Pause wurde festgestellt, dass im Traktandum 4 über den Abschnitt römisch I noch nicht abgestimmt wurde. Somit muss der Stadtrat über diesen Punkt noch beraten. Es geht um Seite 8 und 9 des Berichtes, "Beschlüsse Volksabstimmung".

Stöckli Schwarzen Heidi, Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade: Wahrscheinlich war der Stadtrat vom Resultat der Abstimmungen über die Doppelmandate so eingenommen, dass er vergass, den Beschlussesentwurf Schritt für Schritt durchzugehen. Eingangs sprach ich für die Kommission und sagte, dass über die Entscheide aus der ersten Lesung nun noch definitiv abgestimmt werden müsste. Diese sind:

- fünf vollamtliche Mitglieder mit Präsidialdirektion
- Amtszeitbeschränkung 16 Jahre
- keine Quoten und keine Teilzeit

Diese Entscheide sind in römisch I festgehalten und darüber müsste jetzt noch abgestimmt werden. Über römisch II hat der Stadtrat im Zusammenhang mit den Doppelmandaten bereits abschliessend abgestimmt. Ich gehe davon aus, dass römisch I unbestritten ist und direkt darüber abgestimmt werden könnte.

Stöckli Hans, Stadtpräsident: Römisch I umfasst all die Punkte, welche die Präsidentin der Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade erwähnt hat. Er ist das Kernstück der Strukturreform 2013, welche im Gesamtpaket Esplanade lanciert wurde. Diese Reform bedeutet eine komplette Veränderung unseres Regierungssystems. Beim Gemeinderat wird künftig auf das Vollamt gesetzt und das Nebenamt wird abgeschafft. Dieses hatte eine Tradition von über 100 Jahren. Zudem wird eine Amtszeitbeschränkung von 16 Jahren eingeführt. Als weitere grosse Veränderung wird die Kompetenz für die Gliederung der Stadtverwaltung vom Volk an den Stadtrat übertragen. Dies gibt eine Flexibilität, mit welcher zukünftige Veränderungen ohne Volksbeschluss vorgenommen werden können. Ich habe gehört, dass Bedenken zur Inkraftsetzung dieser Bestimmung geäussert wurden. Selbstverständlich müssen alle Änderungen, welche das Organisationsreglement betreffen, auch weiterhin dem Stadtrat vorgelegt werden. Es ist sinnvoll, diese Kompetenzverschiebung vorzunehmen, dies umso mehr, als diese Regelung auch schon vor der letzten Totalrevision der Stadtordnung galt. Ich bitte den Stadtrat, diesen Revisionsbestimmungen, welche jetzt in umgesetzt wurden und an der Stadtratssitzung vom 25. Februar 2010 im Grundsatz gutgeheissen wurden, zuzustimmen. Da es sich um eine Volksvorlage handelt, muss ausgezählt werden.

Ich möchte hier für die Arbeit danken, welche die Stadtverwaltung erbracht hat und die von meinen Mitarbeitenden und von der Spezialkommission geleistet wurde. Es ist ein riesiges Paket. Wer hätte vor einem halben Jahr - als das Projekt gestartet wurde - gedacht, dass es im Stadtrat unbestritten sein würde?

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 26. März 2010 betreffend Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Botschaft und des Berichts des Gemeinderates vom 15. Januar 2010 betreffend das Teilprojekt Politische Struktur Biel 2013 / Teilrevision der Stadtordnung gestützt auf Art. 40 Abs. 1 Ziffer 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **mit 41 Ja- zu 0 Neinstimmen bei 1 Enthaltung:**

Den Stimmberechtigten wird die Zustimmung zu folgenden Gemeindebeschlussesentwürfen empfohlen:

I. Anzahl Mitglieder des Gemeinderates und Direktionen

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 20. Mai 2010 betreffend das Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung gestützt auf Artikel 12 Ziffer 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996, beschliesst:

1. Die Änderung von Art. 7 Absatz 1, Art. 42, 43 Absatz 1, 46 Absatz 2, Art. 56 und Art. 71 Stadtordnung wird genehmigt.
2. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2013 in Kraft. Die Wahl der Mitglieder des Gemeinderates für die Amtsdauer 2013 – 2016 erfolgt bereits nach Massgabe der ab 1. Januar 2013 in Kraft tretenden Regelung. Stadtrat und Gemeinderat werden überdies ermächtigt, die neue Struktur bereits vor dem 1. Januar 2013 ganz oder teilweise zu realisieren.

95. 20090117 Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Teiländerung des Reglements über städtische Abstimmungen und Wahlen / Botschaft

Stöckli Schwarzen Heidi, Kommission Struktur Biel 2013 und Esplanade: Ich kann es kurz machen. Der Gemeinderat sagt in seiner Einleitung im Kapitel "Das Wichtigste in Kürze": *"Es handelt sich bei dieser Anpassung um eine rein formelle Anpassung aufgrund des übergeordneten Rechts."* Im Wesentlichen geht es darum, das, was vorhin unter römisch I abgestimmt wurde, in diesem Reglement anzupassen. Ich denke, der Rat kann dieser Anpassung ohne grosse Diskussion zustimmen. Die Kommission möchte jedoch nochmals explizit erwähnen, dass die männliche und weibliche Form auch in diesem Erlass noch angepasst werden muss, so wie es der Stadtrat beim Antrag der Fraktion SP beschlossen hat.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 26. März 2010 betreffend Teilprojekt Politische Struktur 2013 / Teilrevision der Stadtordnung / Teiländerung des Reglements über städtische Abstimmungen und Wahlen / Botschaft, gestützt auf Artikel 40 Absatz 1 Ziffer 1 Buchstabe a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1) **mit 41 Ja- zu 0 Neinstimmen bei 1 Enthaltung:**

- I. Den Stimmberechtigten wird die Zustimmung zu folgendem Gemeindebeschlussesentwurf empfohlen:

Die Einwohnergemeinde Biel, nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 20. Mai 2010 betreffend Teiländerung des Reglements über städtische Abstimmungen und Wahlen gestützt auf Artikel 12 Ziffer 1 Buchstabe c der Stadtordnung, beschliesst:

1. Die Änderung der Artikel 21 Absatz 2, 24, 25 Absatz 1, 34 Absatz 3, 36 Absatz 1, 37 Absatz 2, 38 und 39 des Reglements über städtische Abstimmungen und Wahlen (SGR 141.1) wird genehmigt.
2. Diese Änderungen treten am 1. Januar 2013 in Kraft. Die Wahl der Mitglieder des Gemeinderates für die Amtsdauer 2013-2016 erfolgt bereits nach Massgabe dieser neuen Regelung.

- II. Der Entwurf des Gemeinderates für die Botschaft des Stadtrates an die Stimmberechtigten wird mit Änderungen genehmigt.

Stöckli Hans, Stadtpräsident: (Aus dem Hintergrund) Formell müsste jetzt noch der Text der Botschaft genehmigt werden, natürlich mit den erwähnten Änderungen vom Monsieur le Maire zur Madame la Mairesse (*Unruhe und Gelächter im Saal*).

Abstimmung

über den Botschaftstext inklusive der weiblichen Bezeichnung vom Monsieur le Maire zur Madame la Mairesse

Die Änderung des Botschaftstextes wird mit grossem Mehr angenommen.

96. Interpellation 20090145, Urs Grob, Fraktion SVP plus, "Mangelhafte Baurechtsverträge"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Grob Urs, SVP: Es geht in meiner Interpellation um Baurechtsverträge, welche im Stadtrat immer wieder behandelt werden. Aktuell bestehen etwa 500 Baurechtsverträge. Es kann davon ausgegangen werden, dass bei vielen der Wurm drin steckt. Nun müssen die Dimensionen erkannt werden. Es handelt sich nicht einfach nur um 500 Baurechtsverträge. Dahinter stehen hunderte oder tausende Bielerinnen und Bieler, aber auch viele Firmen, welche betroffen sein könnten. Das Problem ist die Anpassungsklausel des Basislandwerts. Dieser wird in der Regel nach zehn Jahren angepasst. Die Stadt pflegt seit Jahren eine unklare und undurchsichtige Anpassungspraxis. Nun wurde sie vom Appellationshof des Kantons Bern zurückgepfiffen. In seinem Urteil vom 20. November 2008 über die Auslegung von vertraglichen Bestimmungen zur Anpassung des Baurechtszinses nach den ersten zehn Jahren rügte er, das Verhältnis zwischen Anpassungsklausel und Anpassungspraxis sei nicht rechtskonform. Für mich als Nichtjuristen ist dies eine trockene Angelegenheit und ich möchte es anders ausdrücken.

Die kaum durchschaubare Anpassungsklausel kommt mir schlitzohrig vor, besonders nachdem ich selber Erfahrungen damit gemacht habe. Die Überraschung kommt nach zehn Jahren. Aufschläge bis über 40% sind bekannt. Baurechtsnehmende sind oft Leute mit weniger grossem Portemonnaie und sie stellen mit Frust fest, dass sie von der Stadt über den Tisch gezogen wurden. Zum Glück ist es so, dass sich eine Gruppe LiegenschaftseigentümerInnen zur Wehr setzte und die ominöse Bieler Praxis mit Erfolg vor Gericht bekämpfte. Wo liegt das Problem? Die Stadt setzt eine Praxis für die Erhöhung von Baurechtszinsen nach eigenem Gutdünken durch. Nach zehn Jahren wird anstelle des ursprünglich vereinbarten Landwertes plötzlich der relative Landwert als Basis angenommen. Es stellt sich nun die Frage, was der relative Landwert ist. Jetzt wird es kompliziert. Der relative Landwert ist eine Schätzung, aufgrund welcher der Steuerwert der Gebäude festgelegt wird, die auf der fraglichen Parzelle stehen. Es ist klar, dass der relative Landwert kein amtlicher Wert ist, sondern lediglich ein Hilfsmittel. Er steht ganz klar im Verhältnis zum Gebäude. Gemäss erwähntem Gerichtsurteil ist dies unstatthaft. Dies bedeutet, je teurer ein Gebäude auf einer Parzelle ist, desto höher wird der relative Landwert und in der Folge der Baurechtszins. Eine Anpassung des Landwertes kann doch nicht davon abhängig sein, welche Investitionen in ein sich darauf befindliches Gebäude gemacht wurden! Das Land ist eines, das Gebäude etwas anderes. Nach dem Vertrauensprinzip können Baurechtsnehmende davon ausgehen, dass die Anpassung nur auf dem amtlichen Wert des Grundstücks erfolgt. Hier muss die Stadt als grösste Landbesitzerin ihre Verantwortung wahrnehmen. Sie muss eine vertrauenswürdige Partnerin sein. Es wäre deshalb nur recht und billig, wenn die Stadt nun auf diese Baurechtsnehmenden zugehe und ihnen eine neue, faire Anpassungspraxis vorschlagen würde. Fehler können ja gemacht werden, man muss aber zu diesen stehen und sie korrigieren.

Ich habe ein paar ergänzende Fragen an den Gemeinderat. Wie ist das weitere Vorgehen konkret angedacht? Mit welchen Ideen soll an die Baurechtsnehmenden gelangt werden? Wie verhält sich die Stadt? Oder soll nur der Kopf in den Sand gesteckt und abgewartet werden, ob alle anderen Baurechtsnehmenden auch klagen? Es würde mich aber auch interessieren, auf welche Baurechtsnehmenden die Stadt zugehen würde, falls sie dies in Betracht zieht. Es gibt ja Baurechtsnehmende, welche noch in diesen ersten zehn Jahren sind. Diese könnten alle auch klagen wie jene, die jetzt Recht bekommen haben. Es gibt aber auch

andere, die bereits seit über zehn Jahren ein Baurecht haben. Was passiert mit ihnen? Sie können nicht mehr klagen und bezahlen nach dem Vertrauensprinzip einfach das, was die Stadt nach zehn Jahren verlangte, auch wenn es viel mehr war als ursprünglich abgemacht. Sie machten die Faust im Sack und bezahlten. Es müsste aber auch dort - gestützt auf das Prinzip der Gleichbehandlung - eine Lösung gefunden werden. Dann möchte ich auch noch wissen, wie kommuniziert wird. Es gibt ja dutzende von Baurechtsnehmenden, welche in diesem oder in den nächsten Jahren in diese Zehnjahressituation kommen. Diesfalls muss doch kommuniziert werden. Der hier diskutierte Fall ereignete sich vorletztes Jahr. In der Zwischenzeit gibt es vielleicht schon wieder neue Baurechtsnehmende, welche in diese Falle getappt sind. Dies finde ich nicht sauber. Ich möchte wissen, was da passiert.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Ich bestreite, dass in diesem Bereich Fehler passiert, Leute über den Tisch gezogen oder ungerecht behandelt worden wären. Im konkreten Fall entstand lediglich ein Problem, weil der Vertragstext nicht klar war. Wenn der Text unklar ist, wird halt zu Lasten desjenigen entschieden, der den Text verfasst hat. Dies ist die Quintessenz des angesprochenen Urteils. In der Antwort zur Interpellation ist auch klar dargelegt, dass es sich um einen absoluten Einzelfall handelt. Es besteht kein Potenzial für "erhebliche Folgen", wie sie Urs Grob darstellt. Der Gemeinderat ist an der Erarbeitung der Bestimmungen zum Finanzhaushalt. Dieses Paket sieht auch eine Zunahme der Erträge aus den Baurechtsverträgen vor. Nun muss der Stadtrat erklären, wie auf der einen Seite Leute zufrieden gestellt werden sollen, welche bereits günstige Baurechtsverträge haben, diese aber noch günstiger möchten und auf der anderen Seite CHF 2-3 Mio. mehr Baurechtszinsen eingenommen werden sollen.

Es wäre interessant, die Grundlage dieser Baurechtszinse anzuschauen. Noch heute bewegen sich jede Menge Baurechtszinse bei CHF 40.-/m²! Mittlerweile verlangt die Stadt CHF 400.- gemäss Baulandwert. Dies bedeutet, die Baurechtszinsen der Stadt sind absolut marktkonform, partnerschaftlich und korrekt. Dementsprechend glaube ich, dass ich Herrn Grob nicht befriedigen kann. Es gibt keine Veranlassung, diese äusserst günstigen Baurechtszinsen weiter zu vergünstigen. Keines der Baurechte, welche die Stadt in letzter Zeit eingeräumt hat, übersteigt CHF 250.-/m², obschon der Marktwert der Gebiete wesentlich höher ist. Dies bedeutet, dass die Baurechtszinsen jeweils von Beginn weg sehr günstig sind. Die Baurechtsnehmenden wissen, was die abgeschlossenen Verträge beinhalten.

Herr Grob spricht vom relativen Landwert. Wo liegt das Problem? Wenn jemand Bauten erstellt, welche einen grossen Wert haben, nützt ihm auch das Land mehr. Dies ist die Überlegung. Dementsprechend wurde entsprechend den städtischen Verträgen angerechnet, dass sich der zu verzinsende Landwert erhöht hat. Darüber kann diskutiert werden. Die Stadt ist daran, eine grosse Anzahl Baurechtsverträge mit Wohnbaugenossenschaften, welche nach einer Laufzeit von 60 Jahren ablaufen werden, zu erneuern. Grundlage hierfür ist aber nicht das von Herrn Grob genannte Urteil, welches, wie gesagt, ein Einzelfall ist und keinesfalls als Beispiel verwendet werden kann. Der Gemeinderat hat vor ein paar Wochen die richtigen Entscheide getroffen und dieses Projekt in die Wege geleitet. Einerseits kann so garantiert werden, dass die ablaufenden Baurechte der Wohnbaugenossenschaften verlängert werden können. Andererseits kann aber auch eine Anpassung des Baurechtszinses an heutige Marktbedingungen erfolgen. Darüber muss aber selbstverständlich

diskutiert werden. Es ist halt schon so, dass die Baurechtszinse lange Zeit sehr, sehr günstig waren. Gleichzeitig können auch stadtentwicklungspolitische Gesichtspunkte in die Erneuerung der Baurechtsverträge eingebracht werden. Es geht darum, zu überlegen, ob die Wohnbaugenossenschaften ihre Liegenschaften pflegen und ob sie bereit sind, auch neue Projekte zu lancieren. Nur so sind die sehr günstigen Baurechte dieser Wohnbaugenossenschaften gerechtfertigt und kann deren Weiterentwicklung garantieren. Betreffend die Industriebaurechte, und um die geht es hier, sehe ich keine Veranlassung, eine generelle Massnahme zu ergreifen. Mit Ausnahme des erwähnten Einzelfalls ist mir kein Fall bekannt, in welchem die sehr günstigen Baurechtsbedingungen vor Gericht erfolgreich angefochten wurden.

Grob Urs, SVP: Hans Stöckli kann natürlich schon Baurechtsbeispiele bringen, bei welchen der Quadratmeterpreis bei CHF 40.- liegt. Dabei handelt es sich um Wohnbaugenossenschaften, welche in den 30er- oder 40er-Jahren bauten. Dies mag stimmen. Neuere Baurechtszinse betragen aber nicht CHF 40.-/m². Denken wir an das Renfer-Areal: wenn ich es richtig im Kopf habe, betrug der Basispreis dort CHF 450.-/m². Dies war vor zehn Jahren. Wenn diese den gleichen Aufschlag zu bezahlen haben wie der mir bekannte Fall, nämlich 40%, dann bezahlen diese Baurechtsnehmenden dann CHF 600.- und mehr pro m². Dort ist die Verhältnismässigkeit verletzt. Dieses Problem entsteht, weil die Anpassungsklausel nicht übereinstimmt mit dem relativen Landwert. Dieser kann nun wirklich nicht für solche Anpassungen herangezogen werden. Wenn Herr Stöckli dies nicht kommunizieren will, mache ich einen Appell an die Presse. Die Baurechtsnehmenden müssen dies erfahren und sie müssen auch wissen, dass sie sich mit Erfolg wehren können. In meinen Augen geht es hier um Abzockerei und ich bitte die Presse, ihren Informationsauftrag wahrzunehmen, wenn Herr Stöckli dies nicht tut.

Stöckli Hans, Finanzdirektor: Ich bitte Herrn Grob, den Ausdruck der Abzockerei zurückzunehmen. Ich finde seine Aussagen unverantwortlich. Die Stadt ist bekannt für sehr partnerschaftliche und preisgünstige Baurechte. Ich bin sehr erstaunt über diese Aussagen von Herrn Grob. Noch vor zehn Jahren stellte die rechte Seite praktisch jeden Baurechtsvertrag in Frage. Heute kommt die gleiche Seite und sagt, die Stadt sei eine Abzockerin. Herr Grob, meiner Meinung nach ist dies unanständig!

97. Interpellation 20090319, Hans-Ulrich Köhli, GLP, "Schwanenkolonie wie weiter?"

Pichard Alain, GLP: Ich muss mich entschuldigen, in unserer grossen Fraktion gab es eine Informationspanne. Hans Ulrich Köhli ist heute nicht anwesend. In seinem Namen stelle ich den **Ordnungsantrag, die Behandlung dieser Interpellation zu verschieben.**

Abstimmung

Der Ordnungsantrag wird gutgeheissen.

98. Postulat 20090315, Urs Grob, Fraktion SVP/FPS, "Rigorese Massnahmen gegen illegale Kehrrechtdeponie auf den Strassen"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, die Punkte 1, 2 und 5 des Postulates erheblich zu erklären und die Punkte 3 und 4 abzulehnen.

Grob Urs, Fraktion SVP plus: In diesem Postulat geht es um die illegale Kehrrechtdeponie auf den Strassen. In gewissen Strassenzügen ist es haarsträubend, wieviel Müll auf den Trottoirs herumliegt. Ganz extrem wird es, wenn es im Sommer heiss ist. Man kann dann nicht mehr sicher sein, ob man sich wirklich noch in Biel befindet oder doch eher im südlichen Ausland. Erfreulich an der Antwort des Gemeinderats finde ich, dass ihm dieses Problem bewusst ist. Er weist darauf hin, dass er dieses gemäss einem Dreisäulenprinzip bekämpfen will. Dieses beinhaltet folgende Punkte:

1. Bewusstseinsbildung
2. Optimierung der Reinigung
3. Kontrolle und Repression

Es nützt aber wenig, wenn ein Problem einerseits erkannt, andererseits aber auch verharmlost wird. Ich gehe damit einig, dass es zum Glück immer noch eine Minderheit unserer Bevölkerung ist, welche den Kehrrecht nicht korrekt entsorgt. Die grosse Mehrheit verhält sich vorbildlich. Das Problem einer Minderheit von Personen - auch wenn sie noch so klein ist - ist, dass sie sich nicht um unsere Gesetze und Regeln kümmert. Solche Auswüchse schaden dem Zusammenleben und dem Image der Stadt erheblich. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass Regeln eingehalten werden. Ich bin mit dem Gemeinderat einverstanden, dass dies nur erreicht werden kann, wenn dieses Dreisäulenprinzip vollumfänglich umgesetzt wird. Der Gemeinderat sagt natürlich wieder, dass ihm für eine solche Umsetzung die Mittel fehlen. Der Stadtrat weiss aber, dass dies nicht ganz stimmt. Im Prinzip gibt es keine andere Wahl, dieses Problem kann nur in den Griff bekommen werden, wenn auch die dritte Säule umgesetzt wird. Wenn der Gemeinderat die Ziffern 3 und 4 meines Postulates nicht erheblich erklären will, muss ich annehmen, dass er die dritte Säule nicht ernsthaft umsetzen will. Darüber muss heute Abend gesprochen werden. Nur wenn Repression und Kontrolle durchgesetzt und ausreichend gewichtet werden, verspricht dies Erfolg. Die Fraktion SVP plus stellt den **Antrag, die Ziffern 3 und 4 ebenfalls erheblich zu erklären**. Ich danke dem Stadtrat, wenn er diesen Antrag unterstützt. Es handelt sich ja nur um ein Postulat und der Gemeinderat hat immer noch alle Freiheit, das Dreisäulenprinzip nach seinem Gutdünken umzusetzen. Ein Signal seitens des Stadtrats an den Gemeinderat wäre aber wichtig. Es muss etwas gemacht werden, das Hand und Fuss hat und es ist wichtig, dass jetzt vorwärts gemacht wird.

Wiederkehr Martin, Fraktion SP: Auch die Fraktion SP hat überhaupt keine Freude an Abfall, seien dies verlotterte Möbelstücke oder nicht deklarierte Kehrrechtstaschen, die auf den Trottoirs herumliegen. Es gibt Strassen, welche zwischendurch alles andere als sauber aussehen. Dies ist eine Tatsache. Der Vorstoss zeigt sicher insofern Wirkung, als im möglichen Rahmen Massnahmen getroffen werden. Trotzdem kann die Fraktion SP die Erheblicherklärung der Ziffern 3 und 4 nicht unterstützen. Es ist ganz einfach, Herr Grob: Schauen Sie einmal, was solche AbfallsünderInnen an der

Abfallfront leisten. Personen, welche zur Strafe irgendwelche Arbeiten verrichten müssen, machen nämlich gar nichts. Sie sind überhaupt nicht motiviert und kosten Geld, welches in erster Linie für das Aufsichtspersonal ausgegeben wird. Wenn die Kosten für eine rigorose Überwachung mit den Entsorgungskosten für den illegal deponierten Kehricht verglichen werden, steht der Mehraufwand in keinem Verhältnis dazu, was eine solche Überwachung bringt. Zudem könnte es schwierig sein, Personal zu finden, welches mit solchen AbfallsünderInnen arbeiten will. Der Überwachungsaufwand ist intensiv und wenn sie nicht arbeiten, müssen sie eingesperrt werden, da sie die Busse sowieso nicht bezahlen können. Es ist bekannt, dass es Leute gibt, welche ihren Hauskehricht in öffentlichen Abfalleimern entsorgen. Am Strandboden wurden extra kleine Löcher gemacht, damit dies nicht mehr möglich ist. Nun stehen die Plastiksäcke einfach neben den Abfalleimern. Die AbfallsünderInnen kommen aus allen Bevölkerungsschichten. Ich beobachte regelmässig Leute, die mit grossen Autos an der Neuenburgstrasse anhalten, ihren Kehricht deponieren und weiterfahren. Herr Grob, Ihr Anliegen ist ernst zu nehmen und wichtig. Der Personalaufwand für die Umsetzung scheint mir aber zu gross. Für dieses Geld würde ich lieber Personal anstellen, welches den Abfall fortlaufend entsorgt.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, dem Gemeinderat zu folgen. Dies aus rechtlichen Überlegungen. Auch die Baudirektion sieht, dass es mit der Abfallsituation an einigen Orten im Argen steht und es nicht überall sauber aussieht. Dies soll auch nicht bagatellisiert werden. Das Strasseninspektorat ist jedoch sehr motiviert, die Strassen mit dem bestehenden Personal sauber zu halten. Ich denke an die Kampagne vom letzten Jahr mit den gelben Riesenkübeln. Dies war eine Idee von Silvan Kocher. Vielleicht sind diese Kübel ästhetisch nicht wahnsinnig schön, aber sie bewirken, dass die Leute den Abfall dorthin werfen, wo er hingehört. Die Stadt ist nicht dreckig, weil das Strasseninspektorat schlecht arbeitet, sondern weil manche Leute eine andere Mentalität haben. Die Baudirektion will etwas dagegen machen und hält immer nach neuen Massnahmen Ausschau. Herr Kocher ist sehr innovativ. Mehr als in der Antwort beschrieben ist, kann die Baudirektion nicht anbieten. Die Ziffern 3 und 4 sind auch rechtlich nicht durchsetzbar. Bei Ziffer 3 werden verdeckte Überwachungen gefordert. Es wäre schön, wenn dazu genügend Leute zur Verfügung stehen würden. Wie Herr Wiederkehr bereits sagte, würden diese aber nur überwachen, ob jemand ein Delikt begeht. Sie würden selber nichts zur Sauberkeit der Stadt beitragen. Es wäre mir auch lieber, Leute an der Front zu haben als verdeckte Ermittler. Diese Idee ist kaum durchführbar und der Kosten-Nutzen-Vergleich ist wegen des hohen Personalaufwands zu hoch, zumal gerade bei diesem Budgetposten gespart wurde. Wie in der Antwort steht, wurde auf zwei Stellen verzichtet. Zu Ziffer 4 lässt sich sagen, dass die Stadt Anzeigen macht und die AbfallsünderInnen zum Teil auch gebüsst werden. Arbeitseinsätze brauchen aber, wie Herr Wiederkehr bereits bemerkte, einen grossen Überwachungsaufwand. Mir ist der Fall eines Jungen bekannt, der wild plakatierte. Als Strafe muss er nun seine eigenen Plakate wieder entfernen. Ich sprach auch persönlich mit diesem Jungen und er sieht sein Fehlverhalten langsam ein. Für die Strafaktion wird aber eine Person zur Überwachung benötigt. Dies führt zu einer 1:1-Betreuung, dies führt ins Uferlose. So gut die Vorschläge von Herrn Grob gemeint sind, sie lassen sich rechtlich nicht durchsetzen, gehen ins Geld und bringen nicht das Gewünschte. Ich versichere dem Stadtrat, dass Herr Kocher vom Strasseninspektorat wirklich alles unternimmt und

auch sehr erfinderisch ist, um Biels Strassen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln sauber zu halten. Massnahmen wie verdeckte Überwachung bringen aber nichts. Es wird nur mehr Geld ausgegeben und der Erfolg bleibt aus. Die Frustration wäre sicher grösser. Deshalb bitte ich den Stadtrat, dem Gemeinderat zu folgen.

Abstimmung

über den Antrag des Postulanten, die Ziffern 3 und 4 ebenfalls erheblich zu erklären

Der Antrag des Postulanten wird abgelehnt.

99. Interpellation 20090387, Werner Hadorn, Fraktion SP, "Spezialfinanzierung Luftreinhaltung"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 3)

Der Interpellant ist von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Hadorn Werner, SP: Über Spezialfinanzierungen wurde schon mehrfach diskutiert und ich pickte mit meiner Interpellation das Beispiel der Spezialfinanzierung für Massnahmen im Zusammenhang mit Luftverschmutzung und Luftreinhaltung (SGR 823.9) heraus, von welcher ich wissen wollte, wieviel Mittel sie ausweist und was mit diesen gemacht wird. Vorläufig bin ich von der Antwort nicht befriedigt. Der Hauptgrund ist der, dass die Ausgaben vor allem für Messungen erfolgen. Messungen sind aber keine Massnahmen, aufgrund von Messungen passiert noch nichts. Ich kann mich daran erinnern, dass der Stadtrat bereits in den 1990er-Jahren genau das Gleiche sagte. Zudem stellte ich in der Antwort Verschiedenes fest, das so nicht stimmt. Als Zuständiger für dieses Thema wird Jean-Claude Michel genannt. Dieser gab aber 2003 das Dossier ab. Mit der Abschaffung des Stadtchemikeramtes verlor er diesen Job und arbeitet heute andernorts. 1986 setzte der Bund die Luftreinhalteverordnung in Kraft. Darin wurden die Kantone verpflichtet, ihren Schadstoffausstoss zu begrenzen und Sanierungskonzepte für Gebiete mit übermässiger Luftbelastung auszuarbeiten. Massnahmenpläne können auf der Website des beco angeschaut werden.

Die Luftreinhaltung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Kanton hat seine Aufgaben in einem Massnahmenplan zur Luftreinhaltung 2000-2015 festgehalten. Welche Aufgaben bleiben da überhaupt noch bei den Gemeinden? Das Geld der Spezialfinanzierung wird für zwei Hauptaufgaben verwendet. Die erste ist die sogenannte PASSAM-Betreuung. Dies sind die Messungen des Stickstoffoxids. Die zweite ist die Kontrolle der Baumaschinen. Muss Biel dies als einzige Gemeinde im Kanton Bern messen? Wenn ja, welche Entschädigung erhält es dafür? Wie in der Antwort auf die Interpellation steht, erbringt die Stadt die Leistung "Betreuung der PASSAM-Stationen" freiwillig. Ist dies nicht eine Aufgabe des Kantons? Die Resultate aus Biel erscheinen im Archiv des Kantons. Auf der Website des beco sieht es so aus, als ob der Kanton diese Messungen durchführen würde, von Biel ist nirgends die Rede. Die nächste Frage ist

offenbar einfacher zu beantworten: In den letzten zwei Jahren wurden CHF 22'000.- ausgegeben, 2009 sind es plötzlich CHF 36'000.-. Die Begründung dafür lautet, dass das Jahr 2009 erst per Ende März 2010 abgerechnet wird. Dies würde heissen, dass in den ersten drei Monaten 2010 bereits mehr als die Hälfte der Beiträge des Vorjahres ausgegeben wurden. Ist dies der Fall? 2003-2006 wurde überhaupt nichts ausgegeben. Weshalb? Gemäss Reglement wurde und wird die Spezialfinanzierung geäufnet durch eine Einlage von CHF 1 Mio. zulasten der Gemeinderechnung 1986 sowie durch Mittel, die in den Voranschlag der Einwohnergemeinde Biel aufzunehmen sind. Der einzige zusätzliche Beitrag (CHF 378'000.-) ging 1986 vom Kanton ein für die Anschaffung von Messgeräten. Seit dem neuen Reglement von 2001 wurde kein Geld mehr eingeschossen, obwohl der Stadtrat dies damals beschloss. Schliesslich soll die Spezialfinanzierung vom Gemeinderat überprüft werden, jedoch erst 2014. Wird das Geld im Spezialfinanzierungstopf jetzt einfach noch ausgegeben? Kann die Spezialfinanzierung nicht auch sofort aufgelöst werden?

Schwicker Barbara, Sicherheitsdirektorin: In der Antwort ist kein Fehler. Es steht nicht, dass Jean-Claude Michel immer noch zuständig ist. Diese Auskunft hat Werner Hadorn wohl von anderer Seite erhalten. Es stimmt, dass Herr Michel weiterhin in meiner Direktion arbeitet, er hat aber andere Funktionen übernommen. Dass die Spezialfinanzierung zur Luftreinhaltung bei der Sicherheitsdirektion angesiedelt wurde, hat aber schon mit dem Stadtchemikeramt und mit der Lebensmittelkontrolle zu tun. Das Stadtchemikeramt bestand bis 2003. Seit den 60er-Jahren machte es immer wieder Messungen zur Luftqualität. Biel war damals eine Pionierin auf diesem Gebiet. Vielleicht kann sich der Stadtrat noch an das Flechtenprogramm erinnern, welches damals recht fortschrittlich war. 2003 wurde das Stadtchemikeramt aufgelöst, nur die Lebensmittelkontrolle bestand noch. Diese übernahm diese PASSAM-Messungen, bis sie 2006 kantonalisiert wurde. Dies ist auch der Grund, weshalb zwischen 2003 und 2006 keine Entnahmen aus der Spezialfinanzierung getätigt wurden. Das Lebensmittelinspektorat belastete die Messungen nicht der Spezialfinanzierung, sondern machte sie im Rahmen seiner obligatorischen Tätigkeiten. Danach entstand eine neue Situation. 2007 schaute der Gemeinderat, was mit dieser Spezialfinanzierung überhaupt gemacht werden soll. Er sah vor, dass sie für drei Bereiche verwendet werden soll, und zwar einerseits tatsächlich für diese Messungen, andererseits aber zumindest teilweise für die Feuerungskontrolle und für die Grenzwertkontrolle bei den Baumaschinen, für welche die Baudirektion zuständig ist. Es wird also nicht nur gemessen. Das sind die drei Massnahmen, deren Weiterführung 2007 beschlossen wurde und für welche Geld aus der Spezialfinanzierung entnommen wird.

Noch ein Wort zu den PASSAM-Stationen, welche von Herrn Hadorn erwähnt wurden. Diese messen die Stickstoffoxid-Belastungen in Biel. Die Frage ist, ob Biel diese machen muss und ob diese Dienstleistung vom Kanton vergütet wird. Biel muss diese Messungen nicht machen, sie sind freiwillig. Die Stadt macht aber nur wenige Messungen. Einmal im Monat entnehmen unsere Leute der Feuerwehr ein kleines Teilchen aus den Stationen, in welchem die Daten gespeichert werden. Biel wertet aber selber nichts aus, sondern schickt dieses Teilchen nur an den Kanton weiter. Dieser misst, interpretiert und publiziert die erhaltenen Daten. Damit hat die Stadt nichts zu tun. Sie bietet nur den Service, die PASSAM-Sammler zu leeren und dem Kanton zu schicken. Dies macht die Stadt freiwillig, das ist richtig. Der Gemeinderat entschied, dass dies weiterhin so gemacht werden soll.

Es wurde nach der Rolle des Kantons und der Stadt gefragt. Es wurde alles richtig gesagt. Es gibt kantonale Massnahmen und die Gemeinden werden angehalten, diese umzusetzen. Es sind zwei Arten von Massnahmen, die einen sind die gesetzlichen, verbindlich geregelten Massnahmen. Dazu gehören zum Beispiel die erwähnten Kontrollen der Baumaschinen oder die Feuerungskontrolle. Diese müssen von den Gemeinden gemacht werden, sie haben keine Wahl. Dann gibt es aber auch *"Massnahmen, die Aktivitäten aller Beteiligten umfassen"*. Bei der Aufzählung aller Beteiligten werden der Kanton, die Gemeinden, die Wirtschaft und Private erwähnt. Diese Massnahmen sind überhaupt nicht verbindlich. Die Gemeinden haben einen grossen Spielraum, was sie machen wollen, es ist nichts Genaueres festgelegt. Der Stadtrat befassete sich beispielsweise 2006 mit der Luftreinhaltung. Es ging damals um den Vorstoss "Luftreinhaltung geht uns alle an" von Daphné Rüfenacht. Er wurde im Oktober 2006 vom Stadtrat als Postulat 060146 überwiesen und umfasst drei Punkte, welche an die Baudirektion gerichtet sind. Der Gemeinderat solle Massnahmen erarbeiten, *"die im Bedarfsfall rasch und unkompliziert eingesetzt werden können"*, *"eine öffentliche Informations- und Motivationskampagne"* durchführen sowie *"in diese Kampagne evtl. weitere Gemeinden und den Kanton als Partner"* miteinbeziehen. Wie mir der Baudirektor vorhin versicherte, wurden unterdessen bereits mehrere Aktivitäten in Gang gesetzt oder werden in Zukunft noch realisiert, um diesen Vorstoss umzusetzen. Die bereits ergriffenen Massnahmen der Baudirektion wurden jedoch nicht über diese Spezialfinanzierung, sondern über das Budget abgerechnet. Deshalb erscheinen sie nicht in der Abrechnung der Spezialfinanzierung.

Nun ist noch die Frage offen, weshalb die Spezialfinanzierung nach der Einlage von 1986 nicht weiter geäuftet wurde. In dieser Spezialfinanzierung war immer genügend Geld vorhanden und es reicht auch noch für ein paar Jahre. Erst wenn das Geld aufgebraucht sein wird, stellt sich die Frage, was mit der Spezialfinanzierung weiter geschehen soll. Mit dieser Entscheidung muss jedoch nicht zwingend bis 2014 gewartet werden, wenn das Geld aus der Spezialfinanzierung voraussichtlich aufgebraucht sein wird. Der Zufall will es, dass in den letzten Tagen die Stadt Bern auf Biel zukam. Diese überlegt sich, ob sie in Bezug auf die Luftreinhaltung etwas machen will und fragt die Stadt Biel an, ob sie mitmachen möchte. Dies ginge jedoch nicht über die Sicherheitsdirektion, sondern über die Baudirektion. Es wird sich zeigen, ob eine solche Zusammenarbeit Sinn macht oder nicht. Die Spezialfinanzierung wurde ursprünglich der Sicherheitsdirektion zugewiesen, weil viele Aufgaben in diesem Gebiet dem Stadtchemikeramt zugeteilt waren. Unterdessen ist dies nicht mehr der Fall. Viele Aufgaben wechselten zur Baudirektion. Trotzdem betreut die Sicherheitsdirektion diese Spezialfinanzierung gerne weiterhin. Sie ist da, um für verschiedene Massnahmen im Bereich der Luftreinhaltung verwendet zu werden.

100. Überparteiliche Interpellation 20090434 Alain Pichard, GLP, Martin Rüfenacht, FDP, "Staatliche Fürsorgegelder für teure Privatschulen?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Die Interpellanten sind von der Antwort des Gemeinderats **nicht befriedigt**.

Pichard Alain, GLP: Die Fraktion Grünliberale ging immer davon aus, dass diese Praxis Einzelfälle betrifft, alles andere wäre grobfahrlässig. Sie anerkennt die schwierige Situation, in welcher sich die Behörde befindet, wenn junge Menschen ohne Anschlusslösung auf der Strasse stehen. In der Interpellation wurden konkrete Fragen gestellt. Als Antwort erhielt der Stadtrat nun eine Art sozialpädagogische Dissertation über die komplexen Zusammenhänge in einer zunehmend ökonomisierten Gesellschaft. In der Interpellation wurde gefragt, wievielen Jugendlichen zurzeit teure Privatschulen bezahlt werden. Laut Antwort sind es nur wenige. Es wurde ebenfalls gefragt, wieviele Kinder sozialhilfebeziehender Familien private Nachhilfelektionen erhielten. Gemäss Antwort sei dies die absolute Ausnahme. Es ist klar, "*wenige*" und "*Ausnahmen*" sind relative Begriffe.

Ich kann nun etwas konkreter werden. Seit dieses Problem öffentlich wurde, werden mir solche Fälle nun zugetragen. Ab 2005 weiss ich von vier weiteren Fällen. Ich frage mich, ob das jetzt mehr oder weniger sind als im Bericht aufgeführt oder ob die Anzahl mir zugetragener Fälle nicht stimmt. Ab 2007 wurden mir sechs Fälle zugetragen, bei welchen offenbar private Nachhilfestunden bezahlt wurden. Beim mir bekannten Fall eines Nachhilfebeziehenden Schülers ist so, dass dieser den Übertritt ins Gymnasium nicht schaffte. Da die Mutter aber das Gefühl hatte, er gehöre ins Gymnasium, erhielt er Mathlektionen. Dennoch kam er auch mit Nachhilfeunterricht nicht ins Gymnasium. Dieser wuchs in der Schweiz auf, war gut in der Schule und könnte ohne weiteres eine Lehre absolvieren. Trotzdem wurden diesem Schüler Nachhilfelektionen bezahlt. Es gibt in der Schule Lektionen für die individuelle Lernförderung (ILF), Förderlektionen und eine institutionalisierte Aufgabenhilfe. Ich verstehe nicht, wie bei dieser Ausgangslage Nachhilfestunden bezahlt werden können. Es ist eine absolute Verzerrung und widerspricht jedem Rechtsempfinden der Leute, die in Biel arbeiten und ihre Kinder irgendwie über die Runden bringen müssen. In der Interpellation wurde nach der Erfolgskontrolle gefragt. Die Antwort war, diese werde gut gemacht und der Gemeinderat wisse bestens Bescheid. Ich hätte daher gerne gewusst, was aus dem Schüler wurde, welcher 2006 dafür verantwortlich war, dass eine Klasse wegen sexueller Übergriffe Probleme bekam. Ich darf dies hier erwähnen, denn über besagten Schüler wurde damals auch in der Presse berichtet. Ein Schweizer Vater nahm seinen Sohn aus dieser Chaos-Klasse und schickte ihn in eine Privatschule. Er musste alles bis auf den letzten Rappen selber bezahlen. Dem Täter wurden aber Privatlektionen bezahlt. Nun möchte ich wissen, ob sich das wenigstens gelohnt hat. Weiss die Schuldirektion, was dieser Schüler heute, vier Jahre später, macht? Das hätte die Interpellanten auch interessiert.

In der Antwort des Gemeinderats wird auf eine zutreffende Problematik hingewiesen. Die Schulen erlauben sich, SchülerInnen, die nach der achten Klasse bereits neun Schuljahre absolviert haben und sich flegelhaft benehmen, ein weiteres Schuljahr zu verwehren. Die Schulinspektorin will diese Möglichkeit jetzt abschaffen. Dies ist

wieder ein Fall, in welchem der Blickwinkel vom Bürotisch die Realität in den Schulstuben nicht widerspiegelt. Oft ist es viel besser, diese SchülerInnen bereits nach der achten Klasse etwas anderes machen zu lassen. Sie wollen nicht mehr zur Schule gehen. Jeder einzelne Vorfall ist das Endprodukt eines für alle Parteien schmerzhaften und unsäglich aufwändigen Verfahrens. Gerade jetzt habe ich wieder einen solchen Fall. Der Schüler ist seit dem 1. März in meiner Klasse. Niemand wollte ihn mehr, ich nahm ihn auf. Für diesen Schüler führten meine KollegInnen und ich seit dem 1. März während der Dauer von 24 Lektionen Telefongespräche mit den Behörden! In dieser Zeit wurde keine einzige Lektion erteilt. Die Dauer von 24 Lektionen wurde von meinen KollegInnen und mir einzig für diesen Schüler aufgewendet! Da muss ich einfach sagen, es hat noch andere SchülerInnen in dieser Klasse. Es ist nötig, dass hier ein Schnitt gemacht wird. Wenn die Stadt nun sagt, dieser Schnitt sei nicht gut, dann muss sie auch mit gutem Beispiel vorangehen.

Ein weiterer Schüler wurde aus einer therapeutischen Wohngemeinschaft ausgeschlossen, sollte aber trotzdem ins Skilager mitkommen. Nun ist es so, dass die Stadt bis vor ein paar Jahren Sportturniere durchführte. Plötzlich finden diese nicht mehr statt. Warum? Weil sich ein paar Rüpel dort prügeln. Und was macht das Sportamt? Es streicht diese Turniere! Die LehrerInnen sollen aber diese Schüler in Landschulwochen und an Betriebsbesichtigungen mitnehmen. Die Stadt macht es sich einfach. Im berufsvorbereitenden Schuljahr gibt es drei Verwarnungen, danach fliegen solche SchülerInnen von der Schule. Die Volksschule aber soll sie behalten. Ich verstehe die Welt nicht mehr! Manchmal ist es für die Entwicklung von jungen Menschen viel besser, einmal einen Schnitt zu machen. Ich wurde selber aus disziplinarischen Gründen aus dem Gymnasium geworfen. Nicht alle, denen das passiert, werden kriminell. Heute bin ich immer noch manchmal ein Flegel, aber irgendwie habe ich das Leben gemeistert. Viele andere können das auch. Die Praxis der Sozialbehörden, so gut sie auch gemeint ist, setzt völlig falsche Anreize. Die Lehrerschaft stellt bei dieser Klientel eine Abnahme von Ehrgeiz, Willen und Selbstverantwortung fest. Es ist unglaublich. Nun wende ich mich an den Stadtrat und fordere, dass nicht mehr Geld gesprochen wird. Frau Augsburgers möchte die Kinder früh fördern und bereits mit zwei Jahren in den Kindergarten schicken, wie dies mit HarmoS gefordert wurde. Herr Lachat forderte einen subventionierten oder sogar kostenlosen Mittagstisch. Ich glaube Herr Gurtner reichte einen Vorstoss für Ferienbetreuung ein. Die Betreuung soll sogar über den Abend ausgedehnt werden. Professionelle Elternpädagogik wird gefordert. Dies alles kann ja gar nicht bezahlt werden! Dies weiss auch der Gemeinderat. Den Schulen werden lineare Sparübungen auferlegt. 5% der Materialkredite wurden gestrichen. Das Oberstufenzentrum Madretsch muss nun CHF 12'000.- sparen. Das bedeutet, dass 224 SchülerInnen CHF 12'000.- sparen müssen! Das ist ungefähr der Betrag, den der Schüler gekostet hat, der in eine Privatschule geschickt wurde! Das Institut Feusi ist die falsche Schule, sowohl für diesen Schüler als auch grundsätzlich. Wer gibt private Nachhilfelektionen und zu welchen Ansätzen? Damit sollte sofort Schluss sein! Es bringt nichts und ist nicht sozial. Was ich jetzt gesagt habe, ist nicht unsozial. Ich bin ein leidenschaftlicher Anwalt für die Jugendlichen. Was die Stadt aber macht, ist nicht sozial. Das ist nur noch Geld ausgeben. Es werden falsche Massstäbe gesetzt. Ich bitte Sie dringend, diese Praxis zu überdenken. Es sollten endlich Gespräche mit der BVS (Betriebswirtschafts- und Verwaltungsschule) sowie Herrn Wiederkehr, dem Pionier der Vorlehre, geführt werden. So könnten die Jugendlichen gepackt werden. Es gibt das Motivationssemester "move" der Stiftung gad und viele weitere

Institutionen, welche dem Staat zur Verfügung stehen. Das Institut Feusi ist eine absolut schlechte Lösung. Dies denke nicht nur ich, sondern auch ganz viele andere LehrerInnen und Personen deren Rechtsempfinden dadurch leidet. Im Zusammenhang mit den Fürsorgegeldern für Privatschulen habe ich noch nie so viele Reaktionen wie aktuell erhalten.

Kaufmann Stefan, FDP: Ich vertrete den abwesenden Herrn Rüfenacht als Interpellanten. Die Interpellation stellt klare Fragen, die diffus beantwortet werden, eingepackt in sehr technisch-juristische Formulierungen. Der Feind des gut Gemachten ist das gut Gemeinte. Ich gehe davon aus, dass die Lösungen, welche der Erwachsenen- und Jugendschutz für die angeführten Fälle fand, gut gemeint waren. Sind sie aber auch gut? Ich kann mich meinem Vorredner anschliessen, der aus der Praxis spricht. Dies kann ich nicht. Aber ich habe eine Aussensicht und kann sagen, welche Signale durch solche Lösungen ausgesandt werden. Diese Lösungen signalisieren: "Du musst dich in der Schule nicht anstrengen. Es ist sogar besser, wenn du möglichst viel Stunk machst bis du raus geworfen wirst, dann wird dir eine Privatschule bezahlt. Eigene Leistung und Eigeninitiative sind nicht mehr gefragt. Je schlechter die Leistung ist, desto mehr Unterstützung bekommst du." Mit den heutigen Kommunikationsmitteln der Jungen, mit SMS, Facebook und was weiss ich was alles, sind diese Botschaften noch vor der Neunuhrpause in allen Schulhäusern. In der Antwort des Gemeinderats wird auf das Sozialhilfegesetz (BSG 860.1) verwiesen. Dieses enthält aber auch ein Artikel über die Mithilfe der Sozialhilfeempfangenden. Was macht die Stadt mit denjenigen, die nicht mithelfen, die sich gegen alles stellen, was ihnen angeboten wird? Wer nicht will, dem werden pfannenfertige Lösungen vorgesetzt. Es heisst in der Antwort: *"Die Verhinderung einer langjährigen Sozialhilfeabhängigkeit wegen fehlender oder ungenügender beruflicher Ausbildung bedeutet eine jährliche Einsparung von ca. CHF 25'000.- für eine alleinstehende, voll unterstützte Person. Verglichen damit ist die Investition in eine Schule, auch eine private, die günstigere und auf jeden Fall bessere Alternative."* Dieser Satz ist gut, er passt einfach nicht ganz zur gestellten Frage. Wenn von einer Investition die Rede ist, gibt es auch den Begriff des Returns of Investment (ROI). Es geht mir hier genau gleich. Was nützt eine solche Investition in einen Schüler, wenn dieser nicht will? Sie ist dann sinnvoll, wenn er will und wenn er mitmacht. Ansonsten ist es eine teure Lösung. Was mich stört, wenn ich solche Antworten lese, ist der Vergleich mit behinderten Jugendlichen. Diesen werden die Ausbildungsbeiträge gekürzt. Sie werden nicht mehr ausgebildet, weil dafür kein Geld mehr vorhanden ist. Andererseits wird jemandem, der nicht will, Geld nachgeworfen. Irgendwie geht das nicht auf. Es wurde gesagt: Jeder Franken, der im Sozialen nicht ausgegeben wird, kann irgendwo anders eingesetzt werden für Leute, die wirklich wollen und die das Geld nötig haben. Die Antwort des Gemeinderats befriedigt nicht, offenbart aber ganz interessante Aspekte und zeigt eine Praxis auf, die sicher kritisch hinterfragt werden darf.

Magnin Claire, Les Verts Bienne: Dans cette discussion, je trouve qu'il y a un certain nombre de dérapages. Nous sommes ici pour contrôler la légalité des mesures prises. Les mesures prises, par rapport à la réponse du Conseil municipal, sont dans le cadre de la loi et dans le cadre des compétences du personnel. Elles ne sont pas issues de mesures de corruption, de mesures illégales ou d'une mauvaise utilisation des fonds publics. Ces mesures sont prévues dans la Loi sur l'aide sociale et elles sont possibles. Le Service d'intégration professionnelle a des moyens et les

utilise. C'est de cela que nous devons nous occuper. Nous mandatons des professionnels afin d'appliquer les mesures possibles et nous n'allons pas nous mêler de leur travail. Pour le personnel du Service social et de la Protection de la jeunesse, ce genre d'interventions entraîne une insécurité.

J'ai trouvé la réponse du Conseil municipal satisfaisante, car la Suisse a fait une immense campagne, pour quatre minarets. Les mesures prises sont parfaitement légales. Cela permet de voir, qu'il y a une certaine capacité de répondre aux besoins individuels des jeunes. Du personnel est mandaté, afin qu'il mette en place des mesures de protection et d'insertion. C'est ce qui a été fait. Ce débat, sur l'école qui n'a plus de moyens, n'a rien à voir avec cette interpellation, Ce sont deux choses différentes. Merci.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture:

Je voudrais tout d'abord remercier Madame Magnin. Elle s'est donné la peine de lire la réponse du Conseil municipal, de la comprendre et de replacer tout cela dans une juste perspective. Monsieur Kaufmann s'interroge sur l'exagération, que l'on pourrait faire dans les mesures prises et la mauvaise utilisation des deniers publics. Monsieur Kaufmann, je tiens à vous rassurer. Chaque mesure prise est pesée et fait l'objet de discussions très sérieuses. Des mesures ont été prises dans les services sociaux, afin que les décisions prises soient suivies avec le plus grand soin et le plus grand sens de l'économie. Les décisions pour des jeunes à la fin de la scolarité sont prises et ont du sens. Naturellement, on peut prendre une mesure et considérer, en tant que simple citoyen, que si l'on avait décidé autrement, cela aurait été mieux. Les services professionnels, auxquels Madame Magnin fait confiance, n'ont pas pris cette décision à la légère. Je vous prie de le croire.

Monsieur Pichard, je ne sais pas comment vous répondre. Dans la confusion de vos arguments et dans la volonté inflexible de nuire à l'image de l'école publique et à l'image des services sociaux en général, vous n'oubliez aucune méthode. Vous prenez des cas isolés, dont vous faites des règles générales. Vous contestez chaque mesure prise et ceci avec un écho médiatique, que je ne peux que regretter! En l'occurrence, je comprends, que le corps enseignant, auquel vous appartenez, ait pu être quelque peu blessé par une procédure particulière. Je voudrais dire encore quelque chose à Messieurs Kaufmann et Pichard. Les cas individuels n'appartiennent pas au débat public. Il y a ce que l'on appelle la protection des données. Lorsqu'une conférence des maîtres attaque l'Administration municipale, que je représente, je ne peux pas répondre à ces attaques, car nous n'avons pas le droit de parler d'un cas individuel, ce que la Conférence des maîtres aurait dû ou devrait savoir et ce que Monsieur Pichard devrait en l'occurrence savoir. J'aimerais dire, à propos de ce cas, qu'il a été pris dans un système, qui n'existe plus. La décision a été prise par la Conférence des maîtres et confirmée par la Commission d'école. Aujourd'hui cette Commission d'école n'existe plus. Les structures qui ont été changées, avec l'approbation de Monsieur Pichard, amènent une nouvelle situation qui fait, que si le corps enseignant ne souhaite pas prolonger la présence d'un élève à l'école, c'est-à-dire de ne pas lui permettre de faire la neuvième année, ce n'est plus la Commission d'école qui décide, mais le Département écoles et sport. Le Département école et sport va automatiquement prendre contact avec les autres services concernés, la Protection de la jeunesse et des adultes en particulier et faire en sorte, par le circuit d'informations et la transparence, que personne ne se sente vexé. En l'occurrence, la

Conférence des maîtres et la Commission d'école ont pu se sentir désavoué. C'est ce sentiment de désaveu, que je perçois chez Monsieur Pichard. Il est vexé, qu'une décision prise par la Conférence des maîtres, ait été désavouée par une autre autorité. C'est cela qu'il faut éviter à l'avenir. Ces nouvelles structures, Monsieur Pichard, ce que vous appelez chaque fois que vous le pouvez, la bureaucratie scolaire, vont permettre de communiquer les uns avec les autres et éviter les malentendus. La seule chose, que je peux vous dire en particulier, est qu'une rupture est parfois nécessaire et positive. Vous avez raison de ce côté-là Monsieur Pichard. Les services sociaux doivent pouvoir décider, si une rupture vers une institution ou une autre doit avoir lieu. Peut-être que dans la structure actuelle, de plus grande transparence, nous pourrions éventuellement décider de placer cet élève dans une autre école. En tous les cas, ce qui ne va pas et ce que l'Autorité cantonale devrait corriger, ce sont des élèves, qui doivent quitter l'enseignement à la fin de la huitième année, après neuf ans d'école. Ils se retrouvent alors dans une situation, qui ne leur permet pas d'entrer sur le marché de l'apprentissage ou sur le marché du travail. La rupture est nécessaire, mais elle ne signifie pas d'être renvoyé à soi-même ou à ses parents.

En d'autres termes et pour conclure, les structures mises en place, il y a une année, permettent de mieux réagir par rapport à une situation comme celle qui s'est passée. Ces structures permettent de mieux réagir qu'à l'époque, où un grand nombre de commissions d'école et d'instances pouvaient prendre des décisions, sans que les uns sachent ce que les autres entreprenaient. C'est une des preuves, que les changements intervenus il y a peu de temps, sont positifs. J'ai cru entendre, qu'il y aura bientôt une intervention parlementaire, demandant l'évaluation de la mise en place de ces changements. Ici, il y a déjà un point positif. Je vous remercie de votre attention.

Habegger Markus, parteilos: Von den Voten von Herrn Pichard wurde ich etwas überfahren. Als langjähriger Stadtrat hörte ich bisher immer etwas anderes. Nun kommt Herr Pichard und erzählt in den letzten Monaten immer wieder Dinge, die anders sind als sie sein sollten. Ich weiss nun nicht, was stimmt und was nicht. Dies ist doch ein Anliegen der linken Parteien. Ich finde es komisch, dass von diesen jetzt niemand Stellung nahm. Ich finde dies etwas feige, ich hätte erwartet, dass aus diesen Kreisen nun jemand widerspricht. Aber es herrscht betretenes Schweigen. Deshalb muss ich annehmen, dass bei den von Herrn Pichard angesprochenen Themen wohl wirklich einiges im Argen liegt. Im Stadtrat sind zum Teil auch Lehrerinnen und Lehrer, die wissen, was da abgeht. Ich selber weiss es nicht, ich habe nicht einmal Kinder. Ich kenne die Situation nur vom Hörensagen. Deshalb hätte ich erwartet, dass von den sozialen Parteien nun jemand Stellung nimmt und Herrn Pichard entgegenhält. Sonst entsteht der Eindruck, dass seine Aussagen stimmen, was ich happig finde. Ist das in den letzten 17 Jahren bereits so gelaufen?

Baltzer Niklaus, SP: Das Problem ist, dass wir doch eigentlich in einem Rechtsstaat leben, wo Gesetze gemacht werden, welchen nachgelebt werden soll. Es wird nicht diskutiert, welcher Autofahrer welche Regel überschritten hat. Dafür ist die Polizei zuständig und die Judikative, welche die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten muss. Ich habe das Gefühl, der Stadtrat gleitet in eine politische Diskussion ab, in welcher zunehmend individuelle Detailfragen besprochen werden, welche eigentlich von einer Judikative oder einer anderen Instanz beurteilt werden müssten, sicher aber nicht

vom Volk, denn dieses kann in Einzelfällen nicht richten. Es sollen keine Volksgerichte gebildet werden. Diese grundsätzliche Entwicklung muss meiner Meinung nach bekämpft werden. In diesem Sinn habe ich Mühe damit, hier aufgrund von individuellen Ereignissen zu urteilen. Es liegt nicht in meinen Möglichkeiten und ich finde es daneben, dass solche Probleme auf diese Art eingebracht werden. Es müsste rechtliche Verfahren dafür geben, das Parlament kann darüber aber nicht befinden.

Pichard Alain, GLP: Hören Sie doch auf mit diesem "individuellen" Beispiel! Im Stadtrat wurde auch schon ein Vorstoss von Frau Moeschler behandelt, in welchem es um eine Person ging, welche von Polizisten zusammengeschlagen wurde. Das war auch ein individueller Vorfall. Es muss doch möglich sein, grundsätzliche Fragen zu stellen. Ich sehe mich gezwungen, solche grundsätzlichen Fragen zu stellen, welche übrigens auch immer noch nicht beantwortet wurden. Sollen Nachhilfestunden weiterhin privat bezahlt werden? Klar brachte ich individuelle Beispiele vor, aber ich kenne noch x andere "individuelle" Fälle. Ich bin an die Schweigepflicht gebunden. Die Frage ist jedoch, ob es die Aufgabe des Staates ist, individuelle private Nachhilfestunden für Sozialhilfe empfangende Kinder zu bezahlen, wo es doch andere Angebote gibt. Das Entrichten von Fürsorgegeldern für teure Privatschulen ist eine Grundsatzfrage. Alle handhaben das Vorgehen wie ich und bringen passende, individuelle Beispiele vor. Einmal machte ich einen anonymisierten Klassenspiegel, um mich gegen die Sparmassnahmen der Erziehungsdirektion, damals noch unter Herrn Annoni, zu wehren. Die Linke liebte mich dafür, obschon alles individuelle Fälle waren. Dies muss so gemacht werden, so ist das Leben und dafür sind die Stadtratsmitglieder da. Es geht nicht immer nur um die institutionelle Ebene, welche Herr Moeschler anspricht. Politik heisst Leben und wir sind Teil dieses Lebens. Manchmal gibt es einen Bruch zwischen der Realität der Schule, der Realität von Herrn Moeschler und der Realität des Jugend- und Erwachsenenschutzes. Dazu möchte ich nochmals etwas sagen: ich arbeite bestens mit den Leuten des Jugend- und Erwachsenenschutzes zusammen, auch im geschilderten Fall, übrigens wieder ein "individueller". Ich habe grundsätzliche Kritik an gewissen Abläufen, nicht aber an den Leuten.

Moeschler Pierre-Yves, directeur de la formation, de la prévoyance sociale et de la culture: Monsieur Pichard, vous savez très bien, que l'État et la Ville ont la tâche de venir en aide aux enfants et aux familles dans le besoin. Le Conseil municipal vous a donné des réponses, que ce soit pour les devoirs, pour les cours d'informatiques, etc. Nous ne vous avons pas fait une statistique, car nous n'avons pas cette statistique. Nous savons, qu'il s'agit de cas extrêmement rares. Ce qui est important de savoir, c'est que chaque situation est examinée individuellement et que la mesure la plus appropriée est prise. Alors, vous allez vous appuyer sur le fait, que nous ne vous avons pas dit le nombre de cas! Vous pourrez dire, que l'Administration ne travaille pas correctement vous jetterez, à nouveau, le discrédit sur l'Administration. Il faut faire en sorte, que les enfants, les jeunes adultes et les familles reçoivent le soutien auquel ils ont droit et surtout le soutien nécessaire à leur avenir. Vous avez cité les cas des dernières années, mais ça m'intéresserait bien de savoir, comment vous êtes arrivé à ces chiffres, puisque nous-mêmes nous n'y arrivons pas! Nous n'avons pas des statistiques aussi détaillées. Là aussi, Monsieur Pichard, vous dites des choses, qui ne sont pas justes! Le but principal est de parler et je crois, qu'il vaut mieux s'arrêter là!

Augsburger-Brom Dana, SP: Da Markus Habegger so direkt die linken Parteien angesprochen hat, möchte ich nun doch auch noch etwas sagen. Wenn die SP nicht mitdiskutierte, heisst das nicht, dass sie sich diesem Thema verweigert oder es ignorieren will. Wie gesagt geht es um einen Einzelfall und die SP kennt diesen nicht. Ich finde die in der Interpellation gestellten Fragen legitim. Die Antworten konnte der Stadtrat lesen. Aus Datenschutzgründen war es vielleicht nicht ganz einfach, detailliertere Antworten zu geben. Da mir dieser Einzelfall nicht näher bekannt ist, hoffe ich, dass es nicht viele solcher Fälle gibt und dass es wirklich nur in Ausnahmen so läuft wie beschrieben. Es ist aber keinesfalls so, dass die SP dieses Thema ignorieren will.

Moeschler Émilie, PSR: Je ne pense pas prolonger la discussion. Monsieur Pichard, si vous voulez poser une question de principe, posez une question de principe! Vous posez une question, se référant à un seul cas. Le Conseil municipal dit également, qu'un seul cas est concerné par cette situation. Bien sûr, une somme de cas individuels amène à penser politiquement à un cadre légal et à faire une politique sociale. Lorsque cela concerne qu'un seul cas et que vous savez quelle personne est concernée, c'est à mon avis, digne d'un mauvais journal dominical, c'est tout!

Monsieur Habegger, je ne vois pas pourquoi, nous devrions prendre position sur des questions de principe, lorsque nous sommes mis devant une telle situation, c'est-à-dire de devoir parler. Comme l'a dit Monsieur Moeschler, nous ne pouvons pas demander, au Conseil municipal et à l'Administration, de répondre sur des questions, qui demandent de violer la loi sur la protection des données. Merci.

Stöckli Schwarzen Heidi, SP: Ich möchte etwas deseskalieren und Herrn Pichard ansprechen und ihm einen Tipp geben. Er selber hat mir diesen Tipp auch einmal gegeben: Vielleicht wäre es ja eine Möglichkeit, solche Eingaben und Aussagen in anonymisierter Form einzureichen, so wie er es gegenüber dem Kanton gemacht hat. So bekäme er vielleicht einfacher Antworten zu seinen Grundsatzfragen.

101. Motion 20090383, Patrick Calegari, Fraktion SVP plus, "Umorganisation der Verkehrsführung im Plänkequartier / Zentralstrasse"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 5)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Calegari Patrick, Fraktion SVP plus: (*Unruhe im Saal*) Das ist wohl heute Abend das letzte Geschäft, deshalb bitte ich nochmals um Konzentration. An der Antwort auf diese Motion hatte ich nicht unbedingt Freude, wie sicher auch hunderte anderer BielerInnen. In der Antwort steht, dass auch der Stadtrat dem neuen Verkehrsregime im Plänkequartier / Zentralstrasse an seiner Sitzung vom 9. Dezember 2004 praktisch einstimmig zustimmte. Nur schon deshalb sei es ausgeschlossen, die Verkehrsführung wieder zu ändern. Ich erinnere daran, dass am Bahnhof ein sehr gutes Parkhaus gebaut wurde. Der Stadtrat entschied damals, dass die Ausfahrt aus dem Parkhaus nur nach rechts möglich sein sollte. Darauf reichte ich einen Vorstoss ein mit der Bitte, die Verkehrssituation nochmals zu überdenken und eine Ausfahrt

auch nach links zu ermöglichen. Der Stadtrat gab mir damals Recht. Dafür möchte ich mich hier nochmals bedanken. Damit ist es aber auch sicher möglich, dass der Stadtrat auf seine Entscheide zurückkommen kann, wenn neue Facts vorliegen und eine Verbesserung möglich ist. Mit diesem Satz in der Antwort habe ich grosse Mühe.

Im untersten Abschnitt auf der ersten Seite sagt der Gemeinderat: *"Auch wenn die neue Verkehrsführung heute noch punktuelle Mängel aufweist..."* Ich möchte gerne wissen, welche Mängel der Gemeinderat sieht. Vielleicht sieht er andere als ich. Ich möchte wissen, von welchen anderen Mängeln der Gemeinderat spricht, welche ich in der Motion nicht aufgeführt habe. Im ersten Abschnitt auf der zweiten Seite steht, dass die ortsfremden BesucherInnen kein Problem hätten, das Warenhaus Manor zu finden. Das ist so. Wenn jemand von Zürich oder Lausanne kommt, ist dies kein Problem. Diese Aussage ist für mich jedoch unwichtig. Für mich ist wichtig, dass jemand, der vom Bahnhof ins Manorparking gelangen will, einen riesigen Umweg in Kauf nehmen muss. Da sage ich mir lieber, ich lasse es sein und gehe nicht ins Manor. Ich kaufe irgendwo anders ein. Sonst muss ich ab Bahnhof 1,5 km fahren! Ja, vom Bahnhof aus, meine Damen und Herren! Und da soll nichts geändert werden? Das verstehe ich nicht. Es könnte doch bei der zuständigen Instanz beantragt werden, diese Situation zu korrigieren. Ist es möglich, das Plänkequartier zum Beispiel über die Neuengasse zu durchqueren, so dass die AutomobilistInnen schneller zum Manor kommen? Der Wille fehlt mir. Wenigstens könnte dies beantragt werden, wie die Antwort ausfallen würde, sähe man dann. Aber wenigstens hätte sich der Gemeinderat darum bemüht.

Natürlich steht in der Antwort, dass alle sehr zufrieden sind mit der neuen Verkehrsregelung, insbesondere die QuartierbewohnerInnen. Gerade von diesen erhalte ich aber viele Briefe, in welchen sie sich bei mir bedanken und sagen, sie seien froh, dass sich endlich jemand dieser Sache annimmt. Die QuartierbewohnerInnen verfassten bereits Briefe an die Baudirektion und es passiert nichts. Wie im Stadtrat bereits oft erwähnt wurde, gibt es bei jeder neuen Situation GewinnerInnen und VerliererInnen. Wenn es aber viele VerliererInnen gibt, ist die Stadt verpflichtet, etwas an deren Situation zu ändern. Ich bin davon überzeugt: mit gutem Willen und einem Überdenken der neuen Situation mit Kreisler kann sicher etwas gemacht werden, damit der grösste Teil der Bevölkerung zufrieden mit der neuen Verkehrsführung ist. Biel hat viel Verkehrschaos. Was hat die Verkehrsregelung Schönistrasse-Kontrollstrasse gebracht? Was bringt dieses Kreuz? Ich weiss nicht, welche Schule besucht werden musste, um das zu begreifen. Wenn ich vom Kongresshaus, nach dem morgendlichen Schwimmen um 7.00 Uhr, in mein Geschäft will, dann fahre ich über dieses Kreuz, kein Problem. Es ist aber total unverständlich. Wieso muss ich so fahren? Ich könnte doch schön geradeaus fahren und der Gegenverkehr auch. Es gibt auch andere vom Stadtrat beschlossene Beispiele: Rechtsabbiegen vor dem Kongresshaus beispielsweise. Nun soll auch der Mettlenweg geplagt werden. **Ich bitte den Stadtrat, meine Motion zu stützen** und dem Gemeinderat nicht zu folgen. Der Gemeinderat möchte die Motion nicht erheblich erklären. Ich möchte aber, dass die Motion erheblich erklärt wird und sich der Gemeinderat nochmals Mühe geben muss, etwas zu ändern.

Moser Peter, FDP: Ich versuche, die Diskussion auf eine weniger emotionale Schiene zu bringen. Dieses Geschäft war mein letztes als GPK-Mitglied. Es wurde lange gekämpft und auch wenn ich Herrn Calegari zum Teil verstehe, muss ich ihm

sagen, dass damals der Schleichverkehr zwischen Spitalstrasse und Zentralstrasse ganz bewusst unterbunden wurde. Das Plänkequartier, welches ich bestens kenne, sollte beruhigt werden. Früher fuhren all diejenigen durch das Quartier, welche vom rechten Bielerseeufer nach Bözingen wollten. Sie fuhren nicht über den Seefelskreisel und auch nicht über die Spitalstrasse, sondern mitten durch das Quartier. Sie meinten sogar, sie hätten im Rüschi den Vortritt! Das Parkraumkonzept, wie es nun umgesetzt wurde, war Bestandteil des Baubewilligungsverfahrens. Ich habe das schön vierfarbig ausgedruckt mit Umweltverträglichkeitsprüfung. Ohne dieses Konzept wäre keine Baubewilligung fürs Manorparking ausgesprochen worden. Wenn die Massnahmen im Plänkequartier nun rückgängig gemacht würden, müsste als logische Folge das Manorparking wieder geschlossen werden. Im Stadtrat stellte einzig Herr Schlauri an seiner letzten Sitzung einen Antrag, an der Rüschistrasse etwas zu ändern. Herr Haag brachte ihn dazu, diesen Antrag zurückzuziehen. Deshalb passierte die Vorlage quasi einstimmig. Für die Fraktion Forum gibt es kein Zurück, auch wenn gewisse Leute von aussen damit nicht zufrieden sind. Mir als Bieler ist das egal. Vom Bahnhof gehe ich halt eher zu Fuss, mit dem Velo oder mit dem Bus zum Manor. Das geht schneller als mit dem Auto.

Bösch Andreas, Fraktion Grüne Biel: Für die Fraktion Grüne steht es ausser Frage, die Verkehrssituation im Plänkequartier wieder rückgängig zu machen. Das Quartier soll und kann nicht wieder für den Durchgangsverkehr geöffnet werden. Wie in der Antwort steht, zirkulieren heute in diesem Quartier 50% weniger Autos. Würde die Verkehrssituation geändert, würde sich der Verkehr also wieder verdoppeln. Leider ist der Gemeinderat in seiner Antwort nicht ganz eindeutig, ob eine Änderung überhaupt möglich wäre. Die Frage, die Herr Moser aufgeworfen hat, habe ich mir auch gestellt. Die neue Verkehrsführung im Plänkequartier war Teil der flankierenden Massnahmen für das Manorparking. Müsste das Parking geschlossen werden, wenn die Strassen im Plänkequartier wieder geöffnet würden? Wäre dies der Fall, dann wäre diese Motion gar nicht realisierbar. Ich möchte Herrn Calegari ans Herz legen, sein Auto im Bahnhofparking zu parkieren, wenn er vom Bahnhof aus ins Manor will. In Zukunft wird es sogar Velos geben, die für solch kurze Strecken zur Verfügung stehen. Das gleiche gilt morgens um 7.00 Uhr. Da würde Herr Calegari sogar noch etwas mehr für seine Gesundheit tun, wenn er nach dem Schwimmen mit dem Velo in sein Geschäft fahren würde. Für die Fraktion Grüne ist es klar: der Suchverkehr würde mit einer Annahme und Umsetzung der Motion abnehmen. Der Durchgangsverkehr würde sich aber automatisch wieder verdoppeln. Sowieso frage ich mich, was das für ein Suchverkehr ist, der im Plänkequartier im Kreis fährt und nicht einfach zum Manorparking und das Auto dort abstellt. Ich vermute, das sind Leute, die CHF 0.50 sparen wollen. Im Parkhaus muss man nämlich ein Ticket lösen und ganz sicher bezahlen. Im Quartier aber kann man das Auto abstellen und hoffen, dass keine Politesse vorbei kommt. Die Leute sind sehr erfinderisch, wenn sie ihr Fahrzeug abstellen wollen, ohne dafür zu bezahlen. In der Unionsgasse stehen beispielsweise die ganze Zeit Autos, seit sie umgebaut wurde. Für die Geschäfte wäre die alte Verkehrsführung vielleicht besser, für die Quartierbewohner aber sicher nicht. Deshalb ist diese Motion nicht erheblich zu erklären.

Strobel Salome, Fraktion SP: Die Fraktion SP stösst mehr oder weniger ins gleiche Horn wie meine Vorredner. Das Plänkequartier ist trotz seiner Lage mitten im Zentrum ein beliebtes Wohnquartier. Die getroffenen Massnahmen dienen dem Schutz der Wohnqualität. Ich wollte die gleichen Tipps geben wie die Herren Moser

und Bösch. Lassen Sie doch das Auto am Bahnhof oder beim Kongresshaus stehen. Beim Bahnhof kann man ja mit dem Parkhausticket sogar den öffentlichen Verkehr benutzen.

Grünenwald Samuel, UDF: Je ne voudrais pas faire un cas individuel de ce nouveau régime de circulation dans ce quartier. Pour la qualité de vie du Centre Ville, entre la rue de l'Hôpital et la rue Centrale, le Quai du Haut et le Quai du Bas, la rue de la Plänke, la rue Neuve et toutes les rues du quartier, il y a eu une sérieuse amélioration. Lors de la discussion sur la circulation de ce quartier, j'étais très septique et trouvais, que c'était une mauvaise solution. Pourquoi? Mon bureau est situé à la Place de la Gare et pour me rendre à mon domicile, je passais dans ce quartier, deux fois par jour en voiture. Effectivement, c'était un raccourci. Je passais par le Quai du Bas, la rue de la Plänke, la rue Centrale, la rue du Rüschi et ensuite je montais en direction du quartier de Beaumont, c'était idéal! Je vous garantis, qu'il existe d'autres moyens, comme le bus, le vélo ou la marche. Suite à ces changements de circulation, la qualité de vie du quartier s'est améliorée. Tout changement dans ce quartier, va l'entraver. L'idée d'une entrée, au même endroit que la sortie du parking, pour se rendre à la rue Neuve, est totalement fausse. Pour l'instant, il faut laisser les choses comme elles sont. Merci.

Klopfenstein Hubert, Baudirektor: Ich möchte dem Stadtrat beliebt machen, dem Gemeinderat zu folgen. Es ist immer amüsant, Herrn Calegari zuzuhören. Seine Aussagen sind meist etwas übertrieben und dann wurden auch gleich noch die Schönstrasse und der Mettlenweg angesprochen. Dies sind wohl Vorstösse, die später kommen. Hier geht es ja nun nur um das Plänkequartier. Wie bereits gesagt wurde, hat der Gemeinderat keine andere Wahl als die in der Antwort beschriebene. Klar ist, dass dieser Entscheid im Dezember 2004 vom Stadtrat gefällt wurde. Damit hat Herr Calegari aber den unwichtigeren Teil erwähnt. Er sagte, eine Änderung des Verkehrsregimes sei infolge des Stadtratsentscheids unmöglich. Nur deswegen könnte die Verkehrssituation aber vielleicht noch angepasst werden. Wichtiger ist, was vorher steht. Vorgängig fand nämlich ein komplexes, kantonales Bewilligungsverfahren statt, eine sogenannte Umweltverträglichkeitsprüfung mit Einsprachemöglichkeiten und so weiter. Das Verfahren war sehr komplex, weil das Manorparking ein sogenanntes FIV-Projekt, also ein fahrtenintensives Projekt ist. Aus diesem Grund brauchte es spezielle Massnahmen und der Regierungsstatthalter entschied ganz klar, dass ein Parking mit 200 Plätzen nur bewilligt werden kann, wenn das Plänkequartier für den Durchgangsverkehr geschlossen wird. Dies namentlich auch deshalb, weil es Einsprachen gab. Dieser Entscheid wurde 2004 rechtskräftig. Am Verfahren waren verschiedene Parteien beteiligt: Die Stadt, Manor und Einsprechende. Nun kann ein rechtskräftiger Entscheid des Regierungsstatthalters nicht einfach übergangen werden. Dieser ist wie ein Urteil zu werten. Ich kann nicht einfach dem Regierungsstatthalter schreiben: "Sehr geehrter Herr Könitzer, bitte erlauben Sie, die Poller zu versenken." Das geht nicht. Im Moment, in welchem die Plänkestrasse von West nach Ost wieder geöffnet würde, könnte der Regierungsstatthalter verfügen, dass das Manorparking wieder geschlossen wird. So einfach ist das. Es ist eine *conditio sine qua non*, auf Deutsch: die Bedingung, dass das Plänkequartier für den Durchgangsverkehr geschlossen bleibt, ist zwingend. Etwas anderes ist nicht möglich. Im Manorparking stehen 200 Plätze zur Verfügung. Zur Berechnung der Fahrten rechnet man mit einem Faktor sechs. Das bedeutet 2000 - 3000 Fahrten pro Tag, welche sich täglich durch das

Quartier schlängeln würden. Genau das soll verhindert werden. Diese Fahrten sollen über die Seevorstadt, den Kreisel und das Rüschi führen. Wenn ich sage, es gebe noch punktuelle Mängel, muss ich Herrn Calegari wohl enttäuschen. Es geht nicht um ein Chaos im Plänkequartier. Ein punktueller Mangel ist, dass die 2. Etappe der Nordachse sowie der Kreisel im Rüschi noch nicht fertig sind. Wenn die 2. Etappe aber kommt, und davon bin ich trotz allen Unkenrufen und trotz ACS überzeugt, dann werden die Ausfahrt Richtung Neuenburg und die Zufahrt zum Manor viel besser sein. Dann wird den ManorbesucherInnen zugemutet, über die Seevorstadt zu fahren.

Es wurde richtig gesagt, dass das Plänkequartier aufgewertet wurde. Ich kann das bestätigen. Viele Leute sagen mir das auch. Am Anfang gab es natürlich einen Tumult. Ich erhielt viele Briefe, als die Poller eingeweiht wurden. Die nettesten waren noch die ohne Anrede. Diese Empörung legte sich aber. Das Quartier hat sich beruhigt, Häuser werden umgebaut und es wurde ein richtiges Wohnquartier. Die QuartierbewohnerInnen stellen weniger Verkehr fest. Die Meinung ist, dass nur noch diejenigen ins Quartier fahren, die dort wohnen oder eine Dienstleistung erbringen. Wer ins Manor will, soll über die Seevorstadt und den Kreisel. Dies ist zumutbar und entspricht dem Verkehrskonzept der Stadt. Herr Moser erwähnte dies richtig. Viele Leute fragen mich, wie sie jetzt von Ipsach nach Bözingen kommen sollen. Ich staunte, dass das Plänkequartier dazu diene. Diesen Leuten sage ich, die Seevorstadt wird jetzt besser und breiter und der Verkehrsfluss wird sich verbessern. Dass es am Anfang gewisse Probleme gab, verstehe ich. Wenn jemand aber drei- oder viermal immer wieder ins Quartier fährt und immer noch nicht merkt, dass kein Durchkommen ist, dann wäre dies bald ein Fall für die Abteilung von Kollege Moeschler (*Gelächter im Saal*). Deshalb sollte meiner Meinung nach nicht übertrieben werden. An der heutigen Situation kann nichts geändert werden. Ich stehe hinter diesem Projekt.

Ich will nicht länger werden, es könnte aber der Eindruck entstanden sein, die Baudirektion arbeite absolut konzeptionslos, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Schönistrasse. Für die Baudirektion gibt es jedoch folgende Schwerpunktachsen: die Nordachse, Spitalstrasse, Murtenstrasse, Silbergasse und die Neumarktgassee. Das Zentrum soll umfahren werden. Die Baudirektion will keine unnötigen Fahrten in Wohnquartieren wie an der Schönistrasse. Sie wären überrascht, wieviele positive Reaktionen ich bezüglich der neuen Verkehrssituation an der Kontroll- und Schönistrasse bekam. Auch dort wurden Verkehrsberuhigungen eingeführt. Dort gibt es Eigentümer, die Herrn Calegari sehr nahe stehen und die mir sagen, sie seien froh, dass es nun weniger Verkehr habe. Der Gemeinderat erwähnt in den Schwerpunkten die Aufwertung der Quartiere. Die neuen Verkehrsführungen sind eine Folge daraus. Der langen Rede kurzer Sinn: Herr Calegari, es gibt rechtlich keine anderen Möglichkeiten als die flankierenden Massnahmen aufrecht zu erhalten. Dies, weil ein Regierungsstatthalter-Entscheid vorliegt. Würde das Verkehrsregime geändert, müsste das Manorparking geschlossen werden. Das will niemand. Deshalb muss die Motion nicht erheblich erklärt werden und ich bitte den Stadtrat, dem Gemeinderat Folge zu leisten.

Calegari Patrick, Fraktion SVP plus: Es wurde mir angeraten, die Motion zurückzuziehen. Ich mache das aber nicht. Es ist mir egal, wenn ich der einzige bin, der für diese Sache aufsteht. Ich bin überzeugt, dass zuwenig gekämpft wurde für diese Vorlage. Dem Regierungsstatthalter wurde viel zu schnell beigegeben, seine

Auflagen wurden viel zu schnell akzeptiert. Ich möchte ein Signal setzen. In Zukunft muss sich der Gemeinderat, bevor er eine Baubewilligung erwirkt und alles abgeschlossen ist, besser für alle BewohnerInnen von Biel einsetzen. Vielleicht kann jetzt tatsächlich nichts mehr geändert werden. Es fiel mir auch schon auf, dass gewisse Gesetze angepasst wurden. Alles kann angepasst werden. Vielleicht wird aber in Zukunft nicht einfach alles akzeptiert, bevor die Sache geritzt ist. Wer mir folgen will, ist herzlich willkommen. Sonst bin ich dann halt vielleicht der einzige, der aufsteht.

Abstimmung

Der Antrag des Motionärs wird abgelehnt.

102. Verabschiedung von Urs Grob und Sabine Kronenberg

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Zum Schluss möchte ich Sabine Kronenberg und Urs Grob ganz herzlich für ihre Tätigkeit im Stadtrat danken. Herr Grob war acht Jahre dabei, Frau Kronenberg weniger lange. Es hat mich immer gefreut, mit Ihnen zusammen zu arbeiten. Merci beaucoup!

Calegari Patrick, SVP: Bis jetzt gab es die Tradition, dass die Fraktionspräsidenten ihre austretenden Mitglieder verabschieden. Gut, das ist Herrn Lachats erste Sitzung als Stadtratspräsident und wir verzeihen ihm sein Vorpreschen.

Lieber Urs, du hast dich dazu entschieden, dass dies heute Abend deine letzte Stadtratssitzung ist. Deine Entscheidung hat uns Mitglieder der Fraktion SVP plus schwer getroffen, denn deine engagierte Teilnahme an den Fraktions- und Stadtratssitzungen waren für uns immer ein sicherer Wert und du hast uns viel gelehrt und uns immer unterstützt. Selbstverständlich verstehen wir diesen Entscheid und wir werden dich immer als aktiven, unermüdlichen und kompetenten Fraktionskollegen in Erinnerung behalten. Du bist vor acht Jahren für Fritz Marthaler nachgerutscht und wurdest danach vom Volk brillant zweimal wiedergewählt. Energie- und Umweltgeschäfte waren deine Kern- und Lieblingsdossiers. Schon von deinem Beruf her warst du natürlich mit dieser Materie sehr verbunden. Aber auch Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzvorlagen wurden von dir gut und gründlich studiert. Du hast am Montag einen letzten Wunsch geäußert: ich solle heute nicht zu lang werden... Diesem Wunsch will ich entsprechen.

Urs, au nom du Parti UDC, je te remercie pour ces huit belles et enrichissantes années, passées avec toi.

Wenn es dich packt, einmal an einer Fraktionssitzung teilzunehmen, wirst du immer einen freien Stuhl finden, auf welchem du uns unterstützen kannst. Deine heutigen Fraktionskollegen ernennen dich zum Ehrenfraktionsmitglied. Wir wünschen dir und deiner lieben Frau Edith eine wohlverdiente Mehrzeit, damit ihr gemeinsam alles unternehmen könnt, was ihr bis heute noch nicht konntet. Urs, herzlichen Dank und alles Gute. Unser Vize-Fraktionspräsident übergibt dir ein Geschenk auch für Edith und für einen gemeinsamen, schönen Abend.

Grob Urs, SVP: Ich hasste es immer, wenn Sitzungen sich so lange hinzogen. Ich könnte viel erzählen. Ich hatte das Glück, gerade im Expo-Jahr in den Stadtrat einsteigen zu können. Das waren fette Jahre, vieles ging einfach. Aber ich möchte heute nicht mehr sagen. Lieber danke ich allen Stadratsmitgliedern. Ich lernte viele gute Kolleginnen und Kollegen kennen und durfte viel lernen in diesem Saal. Manchmal war ich wohl etwas unbequem, aber glauben Sie mir, das war nicht persönlich. Ich wollte niemanden treffen. Nun bin ich froh, aus dem Stadtrat austreten zu können. Ich habe viele andere Projekte und viel Arbeit. Ich konnte all das nicht mehr unter einen Hut bringen und deshalb sagte ich mir, einmal ist die Zeit gekommen und ich finde, nach acht Jahren darf ich gehen. Vielen Dank!

Lachat Thomas, Stadtratspräsident: Damit wäre die Sitzung geschlossen. Ich wünsche allen einen guten Monat, auf Wiedersehen.

103. Neueingänge

- | | | |
|-----------------|---|------------|
| 20100183 | Dringliches Postulat Patrick Calegari, SVP plus
Die Einfahrt zum Mettlenweg bei der Unterführung
Längfeldweg darf nicht verhindert werden
L'accès au chemin Mettlen par le sous-voies CFF du chemin
du Long-Champ doit être conservé | BAU |
| 20100184 | Postulat Barbara Chevallier, Groupe socialiste
Mise en œuvre du Règlement scolaire de la Ville de Bienne
Umsetzung des Schulreglements der Stadt Biel | BSK |
| 20100185 | Postulat Fatima Simon, Les Verts Bienne
Écran géant à la place Robert-Walser pour la coupe du
monde 2014
Grossleinwand auf dem Robert-Walser-Platz für die Fussball-
Weltmeisterschaft 2014 | PRA |
| 20100186 | Überparteiliche Interpellation Christoph Grupp, Grüne
Biel, Salome Strobel, SP
Verkehrlich flankierende Massnahmen A5 Ostast
Mesures d'accompagnement en matière de circulation pour la
branche Est de l'A5 | BAU |

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22.55 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / *Le président du Conseil de ville*:

Thomas Lachat

Die Stadtschreiberin / *La chancelière*:

Barbara Labbé

Protokoll:

Katrin Meister

Lilian Stähli

Procès-verbal:

Carole Aeschlimann

Claire-Lise Kirchhof